

Schon die Holländer wissen Bescheid

Täglich grüßt das Murmeltier - so oder zumindest so ähnlich geht es uns mittlerweile, wenn wir die Zeitungen aufschlagen und die neuesten Entwicklungen in der Theaterdebatte entdecken. Wobei es sich in der Regel selten um Entwicklungen, sondern eher um Verschlechterungen handelt.

Die neuesten Eskapaden des Oberbürgermeisters setzen dem Wahnsinn der vergangenen Monate nun die Krone auf: Nachdem sich wochenlang die Diskussion auf die Frage verengte, ob denn die Schließungen des Musiktheaters und der Tanzsparte dem Einsparwahnsinn von Minister Brodkorb und Oberbürgermeister Methling gerecht werden könnten, entschied man sich dagegen. Künstlerische Aspekte spielten bei dieser Entscheidung wie immer eine eher untergeordnete Rolle, doch dieses Kürzungsmodell rechnete sich schlichtweg nicht. Nur kurz erleichtert über die Einsicht der selbsternannten Reformatoren mussten wir schnell erkennen, dass nun die Schließungen von Schauspiel- und Tanzsparte zur bevorzugten Verkleinerungsvariante erklärt

wurden. Der Aufsichtsrat reagierte und empfahl, man möge dieses Modell vorerst genauer prüfen, es wäre noch nicht beschlussreif. Doch OB Methling entschied

kritisierte Alleingang war übrigens legitimiert durch die von SPD, CDU, GRÜNEN und UFR beschlossene Zielvereinbarung zwischen Stadt und Land.

Stefan Rosinski und Sewan Latchinian erhielten folgend den Auftrag, jenes Opernhausmodell bis zum 20. Februar schriftlich zu untersetzen, sprich ein Konzept auszuarbeiten. Jede/r kann wohl verstehen, dass Sewan Latchinian als Mann des Schauspiels keineswegs begeistert ist, die Abwicklung „seiner eigenen“ Sparte vollziehen zu müssen. Der Versuch, mit OB Methling deshalb über eine Vertragsauflösung zu verhandeln, scheiterte erst an einer Terminfindung und dann am Willen des OBs. Sewan Latchinian sei sein bester Mann, ließ Methling stattdessen verkünden, der Intendant müsse das neue Modell tatkräftig unterstützen.

Wir wissen, er lügt. Wir wissen, sein Motiv ist klar und ganz klar niederträchtig: Er will keinen müden Cent Abfindung an Sewan Latchinian zahlen, dessen Vertrag eigentlich noch bis 2019 laufen würde.



Studierende der HMT protestieren vor dem Rathaus

andern und fasste als Gesellschaftervertreter den Beschluss, das Haus solle zu einem Opernhaus umstrukturiert werden und die jetzigen Geschäftsführer müssten ein Konzept zur Umsetzung erstellen. Viele KünstlerInnen werden ihre Arbeit verlieren und wir verlieren sie. Dieser vielfach

Fortsetzung auf Seite 3



Das Volkstheater Rostock kommt nicht aus den (Negativ-)Schlagzeilen
Mehr dazu auf Seite 3



Sahra Wagenknecht prangerte im Bundestag die falsche Europapolitik an
Mehr dazu auf den Seiten 4 und 5



Dietmar Bartsch las im Bundestag den rechten Verharmlosern die Leviten
Mehr dazu auf Seite 14

In dieser Ausgabe

Seite 2: Aus dem Landtag
Seite 3: Volkstheater/Rotfeder
Seite 4/5: Aus dem Bundestag
Seite 5: 5x5 Forderungen
Seite 6/7: Regierungsbeteiligung
Seite 8/9: Plattdeutsches
Seite 9: Buchtipp Mankell

Seite 10/11: Karl Marx
Seite 11: Werftenausschuss
Seite 12: Susanne Krone
Seite 13: Bitte um Spenden
Seite 14: Dietmar Bartsch
Seite 15: Regine Lück
Seite 16: Heidrun Bluhm

Liebe Leserinnen und Leser, in dieser Ausgabe des KLARTEXT berichten wir wie immer über ganz unterschiedliche Aspekte linker Politik. Manch ein Thema erscheint abseitig, zum Beispiel die Diskussion über den Friedhofszwang. Aber oft sind es diese Themen jenseits der „großen Politik“, die das größte Echo in der Bevölkerung erfahren. Anderes wird mit einem Achselzucken zur Kenntnis genommen, obwohl es um elementare Grundlagen unseres Zusammenlebens geht.

Wir wollen aufklären: über Kulturabbau, Bigotterie, falsche Außenpolitik, Scheitern im Kampf gegen Rechts, usw. Über Manches wird man im kommenden Landtagswahlkampf sprechen müssen. Die Redaktion möchte

diesen Prozess ab April aktiv begleiten. Vorher blicken wir aber zurück auf eine Zeit, in der wir als Regierungspartei selber Politik gestalten konnten.

Aufmerksamen Lesern dieser KLARTEXT-Ausgabe wird nicht entgehen, dass die Redaktion im Februar nicht mit Artikeln überschwemmt wurde. Dabei freuen wir uns über jeden gelungenen Artikel, der den Weg von Mitgliedern unserer beiden Kreisverbände in das Postfach der Redaktion findet. Wie wäre es mit einer Buchrezension? Oder Gedanken zur anstehenden Landtagswahl? Wir sind gespannt!



Jeder Tag ein Frauentag: Gleichberechtigung endlich umsetzen!

DIE LINKE.

Viel Vergnügen beim Lesen des KLARTEXT und einen angenehmen Frauentag wünschen Euch Carsten Penzlin und die Redaktion.

Darf ich über meine letzte Ruhe selbst entscheiden?

Vor dem Hintergrund der unehmenden Säkularisierung und religiösen Vielfalt, gestiegener Anforderungen an die Leichenschau, unterschiedlicher Familienmodelle sowie einer sich wandelnden Bestattungskultur wird das geltende Bestattungsrecht den heutigen gesellschaftlichen Anforderungen nicht mehr gerecht.

Vor allem der Friedhofszwang wird rege diskutiert. Verschiedene Umfragen weisen darauf hin, dass die Mehrheit der Bevölkerung den Friedhofszwang ablehnt. Viele Menschen wollen über ihre letzte Ruhe selbst entscheiden. Sie wollen die Möglichkeit haben, die Urne auf privaten Grundstücken beizusetzen oder zumindest befristet zu Hause aufzubewahren. Auch bei einer Änderung des Gesetzes, bleibt unsere Friedhofskultur ein hohes kulturhistorisches Gut. Die über Jahrhunderte gewachsene Tradition wird ein fester und wichtiger Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens und der Erinnerungskultur bleiben.

Wir wollten darüber reden - leider die Landesregierung nicht. Mit fadenscheinigen Argumenten und Unterstellungen haben sich die Fraktionen von SPD und CDU geweigert, in einen ergebnisoffenen Dialog über eine Reform des Bestattungsgesetzes M-V zu treten. Die Blockadehaltung der Koalition ist angesichts der Bedeutung des Themas nicht angemessen. Schließlich gibt es zahlreiche Punkte im Gesetz, die wir mit allen Beteiligten wie den Kirchen, Kommunen oder der Bestattungsbranche diskutieren sollten. Zu nennen sind etwa eine bessere Qualifizierung der Ärzte, die die Leichenschau vornehmen, die Zertifizierung von Bestattungsunternehmen, die Verkürzung der Mindestruhezeit oder auch die Aufhebung bzw. Lockerung des Friedhofszwangs.

Zahlreiche Menschen bewegen insbesondere die Fragen, was mit ihnen oder ihren Angehörigen nach dem Tode geschieht und wie selbstbestimmt sie darüber entscheiden können. Darüber hinaus ist es aus Sicht meiner Fraktion auch erforderlich, über die Wiedereinführung des Sterbegeldes zu beraten. Auch wenn der Versuch, eine fraktionsübergreifende Debatte einzuleiten, gescheitert ist, werden wir uns weiter der Thematik widmen und um einen Dialog werben.

Peter Ritter

Faktencheck: Wie sozial ist die AfD?

Mindestlohn?

„Das vernichtet Arbeitsplätze und widerspricht der grundgesetzlich geschützten Tarifautonomie.“

(Prof. Dr. Alexander Dinger, Platz 1 der Landesliste NRW zur Bundestagswahl 2013)

Erbschaftssteuer?

„Die Alternative für Deutschland (AfD) fordert die Abschaffung der Erbschaftssteuer.“

(Jörg Meuten, Leiter des Bundesausschusses für Steuer- und Sozialpolitik der AfD)

Reichenbesteuerung?

„Wir fordern eine drastische Vereinfachung des Steuerrechts in Anlehnung an das progressiv wirkende Kirchhof'sche Steuermodell“ (=Senkung des Spitzensteuersatzes von 45 auf 25 Prozent)

(AfD-Bundestagswahlprogramm 2013)

AfD = ungerecht und unsozial!

DIE LINKE.

KLARTEXT online

Bundeswehr raus aus Schulen und Kitas!

Zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag (Drs. 18/7146) erklären die kinder-, jugend- und familienpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Jacqueline Bernhardt, und der friedenspolitische Sprecher der Linksfraktion, Peter Ritter:

Jacqueline Bernhardt: „Mit Erschrecken müssen wir feststellen, dass die Bundeswehr nicht nur an den Schulen im Land um Nachwuchs wirbt, sondern bereits bei den Kleinsten vorstellig wird. So bestehen etwa mit der Integrativen Kita ‚Siebenbuche Sanitz‘ seit 2004 Verbindungen. Ein- bis zweimal im Jahr besuchen die Steppkes die Kaserne, einmal im Jahr kommen

Soldatinnen und Soldaten in die Kita. Die Bundeswehr mimt mit derartigem Engagement die Wohlfahrtsbringerin, verfolgt in Wahrheit knallharte eigene Interessen. Sie will das Ansehen der Truppe steigern und den kleinen Kindern ein attraktives Leben als Soldatin und Soldat vorgaukeln. Die Kinder sollen in den Kitas ein friedliches Miteinander lernen und nicht den Sinn von Kriegen. Deshalb gilt wie bei den Schulen auch: Bundeswehr raus aus den Kitas!

Peter Ritter: „Die Bundeswehr hat an Schulen, in Kitas und Einrichtungen der Jugendhilfe nichts verloren. Waffen, Krieg und die Vorbereitung auf kriegerische Einsätze sind denkbar untaugliche Mittel, Konflikte zu lösen. Im Gegenteil, Kriege bringen Tod, Leid und Zerstörung und zwingen Abertausende von Menschen in die Flucht. Kinder und Jugendliche müssen lernen, dass Konflikte ohne Krieg und Gewalt gelöst werden müssen – sonst wird der Teufelskreis nie durchbrochen. Deshalb muss Schluss sein mit der Propaganda der Bundeswehr bei Kindern und Jugendlichen!“

Schon die Holländer wissen

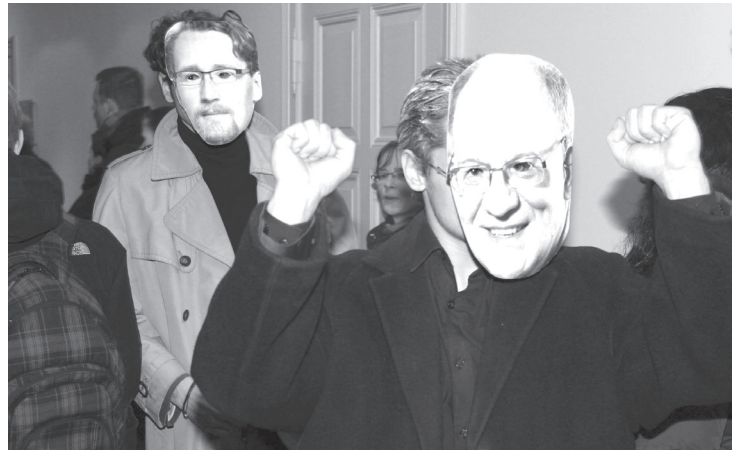
Bescheid - Fortsetzung

Fortsetzung von Seite 1

Unterstützt wird er in dieser Haltung von SPD und CDU. Statt sich götlich und würdevoll voneinander zu trennen, verfolgt OB Methling offenbar die Strategie, Sewan Latchinian öffentlich zu demontieren, Grundlagen für arbeitsrechtliche Maßnahmen zu schaffen und ihn letzten Endes mit einem kalten Händedruck aus der Stadt ziehen zu sehen. Der Versuch des Hauptausschusses, dem OB einen Auftrag zu Verhandlungen mit dem Intendanten zu erteilen, mündet wohl in einem Widerspruch. Derweil wird hinter verschlossenen Türen, ohne Beteiligung des Aufsichtsrates oder anderer Gremien, schon mal nach Nachfolgern gesucht, die OB Methling sprichwörtlich in den Kram passen würden. Hatte er nicht gesagt, er wolle Latchinian unbedingt behalten? Noch-Intendant Joachim Kümmritz aus Schwerin negiert zwar die Gerüchte, doch wir haben verlässliche Quellen, die das Gegenteil bestätigen. Wie kann man nur so taktlos sein? Das Schweriner Staatstheater ist mehrfach mit zusätzlichen Rettungsmillionen der Landesregierung über Wasser gehalten worden, während das Volkstheater Rostock Schwarze Zahlen schrieb und ohne Sonderhilfen des Landes auskommen musste. Wir freuen uns, wenn in der Landeshauptstadt ein 4-Spartentheater erhalten bleibt! Doch nun soll ausgerechnet jemand aus diesem Theater unser Haus verkleinern? Ich nenne das geschmacklos.

Zum Schluss eine wahre Begebenheit: Mein Mann und ich waren vor kurzem in den USA. Wir erlebten eine wunderbare Rundreise durch die Südstaaten. Natürlich ließen wir uns den Besuch des atemberaubenden Grand Canyon nicht entgehen. An einem entlegenen Aussichtspunkt trafen wir einen Holländer. Rostock? Ja, die Stadt kennt er. Rostock hat einen Hafen. Genau! Aber, so ergänzte er gleich, bald kein Theater mehr. Ein trauriges und zwei entsetzte Gesichter am Grand Canyon.

Eva-Maria Kröger



Proteste im Rathaus



Protestaktion im KTC

Rotfeder und die Mittelmäßigen

Die Gewässer südlich der Alpen, in denen sich gerade Flüchtlingstragödien ereignen, hat vor über 500 Jahren Leonardo da Vinci wissenschaftlich und künstlerisch studiert. Seine Erkenntnisse hat er notiert, in seinen Werken angewendet und im Alltag vielfach einfließen lassen. Vor allem in seiner Zeit am Hofe in Mailand schrieb Leonardo auch viele Rätsel in Form von Prophezeiungen, mit denen er die Gesellschaft der Hoffeste unterhielt.

Wenn er beispielsweise fragte, was mit der Aussage „Die Menschen werden ihre eigenen Vorräte wegwerfen.“ gemeint sei, dann wollte er erst schockieren. Dann löste er das Rätsel harmlos auf, um vom Schreck zu erlösen. Des Rätsels Lösung ist: beim Säen. Trotzdem bleibt ein Nachgeschmack. Er hatte doch eigentlich das Ursprüngliche gemeint.

In einer anderen Prophezeiung sagte er voraus, dass die vielen Mittelmäßigen die wenigen Großartigen verdrängen werden. Als Lösung bot er an: Tauben verdrängen den Turmfalken.

Und was muss ich Fischlein jetzt bei euch Menschen in der Gegend um die Warnow beobachten?

Kleingeister und Dilettanten zerstören die Kultur- und Theaterlandschaft. Chaoten ruinieren Hansa und machen es echten Fans fast unmöglich, die Spiele im Stadion zu erleben. Wir-sind-das-Volk-Brüller fühlen sich im Recht und in der Mehrheit und Pegida- und AfD-Anhänger glauben, dass sie wirken, obwohl sie würgen. Und das nicht nur, weil viele von ihnen sächseln. NDR-Hörer, die zwar schreiben können, aber sonst ihren tiefen Musikgeschmack

gespiegelt haben wollen, meinen auch für Leute mit differenzierterem Musikbedarf sprechen zu müssen.

Gäbe es nicht auch die anderen, die sich dem Mob entgegenstellen und ihre Stimme gegen Dummheit und Gewalt erheben, könnte man meinen, Leonardo hätte Recht behalten.

Sagt mir rechtzeitig Bescheid, wenn meine Bemerkungen zu mittelmäßig werden! Darum bittet eure Rotfeder



Soziale Kälte und solidarischer Miteinander: Das geht nicht zusammen!

Rede von Sahra Wagenknecht in der Debatte des Bundestages am 17.02.2016 zur Regierungserklärung über den bevorstehenden EU-Gipfel

- Es gilt das gesprochene Wort! -

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, Frau Bundeskanzlerin, gerade in der aktuellen spannungsgeladenen Weltlage wäre es wichtig, ein einiges und handlungsfähiges Europa zu haben. In diesem Sinne halten wir auch Ihre Bemühungen um eine europäische Lösung der Flüchtlingsproblematik für richtig. Nur, man muss natürlich auch konstatieren: statt der von Ihnen angestrebten Koalition der Willigen sieht es inzwischen eher nach einer ganz breiten „Koalition der Unwilligen“ aus.

Und nicht nur in der Flüchtlingskrise, sondern in vielen Fragen ist die EU ja inzwischen geradezu zum Synonym für Zwietracht, Krise und Zerfall geworden. Und dafür trägt auch die deutsche Regierung eine Mitverantwortung.

Der europäische Scherbenhaufen ist der Scherbenhaufen neoliberaler Verträge und einer undemokratischen, Konzern-gesteuerten Technokratie, aber es ist auch der Scherbenhaufen einer Arroganz, die wie Herr Kauder es so unnachahmlich formuliert hat: ganz Europa deutsch sprechen lassen wollte.

Wer ernsthaft geglaubt hat, Europa ließe sich von Berlin aus regieren, der darf sich nicht wundern, wenn ihm jetzt selbst der Wind ins Gesicht bläst.

Es gab eine Zeit, da hat die große Mehrheit der Europäer mit der europäischen Einigung die Hoffnung auf Frieden, Wohlstand und soziale Sicherheit verbunden. Aber die heutige EU ist vor allem eine Union der wirtschaftlich Mächtigen und der Reichen. Wer die Schuldenbremse verletzt, bekommt blaue Briefe aus Brüssel, aber eine Armutsbremse oder eine Obergrenze für Jugendarbeitslosigkeit, die zum Handeln verpflichten würde, gibt es nicht.

Im Gegenteil. Wenn eine Regierung wie die portugiesische oder vorher die griechische Löhne und Renten wenigstens etwas verbessern will, führt das sofort zu einer harschen Intervention aus Brüssel.

Länder dagegen, die Konzernen lukrative Steuersparmodelle anbieten, die die Steuereinnahmen anderswo wegschmelzen lassen, - deren politisches Personal wird mit EU-Spitzenposten geadelt.

Fast ein Viertel aller EU-Bürger lebt heute in Armut, während die Zahl der europäischen Milliardäre sich seit Beginn der Krise mehr als verdoppelt hat. Und da wundern Sie sich, dass sich immer mehr

Menschen von einem solchen Europa abwenden? Dass das Gefühl um sich greift, sie können wählen wen sie wollen, in diesem Europa kommt am Ende doch immer nur die gleiche neoliberale Politik raus? Und dass unter solchen Bedingungen nationalistische Parteien Zulauf haben? Wir finden das erschreckend, aber erstaunlich finden wir das nicht.

Auch die Briten, die gegen die EU sind, machen sich vor allem Sorgen um die sozialen Folgen von Zuwanderung, um Lohndumping und bezahlbaren Wohnraum. Es ist absurd, wenn Cameron als Voraussetzung für den Verbleib Großbritanniens in der EU



Sahra Wagenknecht 2011 in Rostock

jetzt ausgerechnet weiteren Sozialabbau und Narrenfreiheit für den Finanzplatz in London fordert. Und noch absurder wäre es, solchen Forderungen nachzugeben. So stabilisiert sich die EU nicht, so zerlegt sie sich nur immer weiter.

Wenn man inzwischen schon Referenden machen muss, um in der EU noch etwas zu erreichen, warum werden eigentlich nicht überall die Menschen gefragt? Warum fragen Sie die Bevölkerung in Deutschland nicht? Es spricht einiges dafür, dass auch bei uns immer weniger in einer marktkonformen Demokratie leben wollen, in der Arbeitnehmer gegeneinander ausgespielt werden und die soziale Ungleichheit immer größer wird.

Ein Demokratie-konformes Europa dagegen, das den Sozialstaat absichert statt zerstört, das wäre ein Projekt, das die Menschen wieder für die europäische Idee begeistern könnte. Setzen sie sich für eine solche erneuerte EU ein, wenn Sie nicht wollen, dass Europa endgültig in erstarrendem Nationalismus zerfällt.

Mehr denn je brauchen wir doch auch in außenpolitischer Hinsicht Handlungsfähig-

keit.

Sie seien „erschrocken und entsetzt, was an menschlichem Leid durch Bombenangriffe entstanden ist“, haben Sie, Frau Bundeskanzlerin, angesichts der russischen Luftangriffe auf Aleppo gesagt. Und ich stimme Ihnen zu: was sich in und um Aleppo abspielt, ist brutal und barbarisch. Die Luftangriffe, die Kämpfe und das Blutvergießen, das alles muss endlich gestoppt werden.

Aber wir finden schon erstaunlich, dass ihr Entsetzen über die Gräueltaten und die Barbarei von Kriegen sich nur dann Bahn bricht, wenn russische Maschinen ihre Bomben abladen. Glauben Sie wirklich, dass das Sterben unter amerikanischen, britischen oder französischen Bomben, begleitet von deutschen Tornados, weniger leidvoll ist? Mindestens 1,3 Millionen Menschenleben haben die sogenannten Antiterrorkriege des Westens, die in Wahrheit nie etwas anderes waren als Kriege um Rohstoffe und Absatzmärkte, allein in den letzten anderthalb Jahrzehnten ausgelöscht, überwiegend Zivilisten. Kriege, an denen Deutschland indirekt oder direkt beteiligt war. Kriege, mit denen deutsche Waffenschmieden glänzende Geschäfte gemacht haben.

1,3 Millionen Tote, viele Millionen Verletzte und aus ihrer Heimat Vertriebene, wo war da Ihr Entsetzen, Frau Bundeskanzlerin? Und vor allem: wo bleiben Ihre Konsequenzen?

Auch wir wissen, dass es in der Außenpolitik unvermeidlich ist, auch mit unangenehmen Regimen zu reden. Aber es gibt doch einen Unterschied zwischen reden und hoffen. Sie reden über die Bekämpfung von Fluchtursachen und die Gefahren des Terrorismus, aber Sie wählen ausgerechnet den türkischen Terrorpaten Erdogan zum bevorzugten Partner bei der Lösung der Flüchtlingskrise, den Mann, der mit seiner offenen Unterstützung islamistischer Terrorgruppen in Syrien und seinem blutigen Krieg gegen die Kurden geradezu eine personifizierte Fluchtursache ist.

Die Verwandlung der Türkei in ein Flüchtlingsgefängnis unter Oberaufseher Erdogan, der Europa grenzenlos erpressen kann, weil er den Schlüssel für dieses Gefängnis immer in der Hand hält, das ist doch keine Lösung, sondern eine moralische Bankrotterklärung.

Inzwischen bombardiert die Türkei rücksichtslos auch syrische Kurden, die zu den entschlossensten Kämpfern gegen den IS gehören, und heizt den Konflikt mit Russland immer weiter an. Der Chef der Münchener Sicherheitskonferenz, Wolfgang

Ist das soziale Gerechtigkeit?

Die 62 reichsten Menschen der Welt besitzen genauso viel, wie die gesamte ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Grund ist die unzureichende Besteuerung von Kapitalgewinnen und großen Vermögen und die Verschiebung von Gewinnen in Steueroasen.

Wir wollen eine Umverteilung von oben nach unten. Millionärssteuer jetzt!

DIE LINKE.

Quelle: Oxfam „An Economy for the 1%“ 18.01.2016

Weltlage seit Ende des Kalten Krieges und warnt vor dem Ausbruch eines nuklearen Konflikts. Und Sie üben den deutsch-türkischen Schulterchluss. Wollen Sie sich allen Ernstes von diesem unberechenbaren Erdogan in einen Krieg mit Russland hineinziehen lassen, nur weil der meint, islamistische Al-Quaida Terroristen in Syrien unterstützen zu müssen. Das ist doch unverantwortlich. Und nicht viel besser steht es um Ihren zweiten Verbündeten, die saudische Kopf-ab-Diktatur, bei der Herr Steinmeier auf Festivals auftritt und für die Herr Gabriel unverdrossen Waffenexporte genehmigt, obwohl die Saudis Menschenrechte mit Füßen tritt, im Jemen einen brutalen Krieg angezettelt haben und in Syrien ebenfalls islamistische Verbrecherbanden hochrüsten und finanzieren.

Wer in Syrien einen Waffenstillstand will, der muss endlich sämtliche Terrorbanden von neuen Waffen abschneiden. Und Länder, die diese Terroristen unterstützen, gehören nicht hofiert, sondern unter Druck

nicht mit deutschen Waffen kämpft. Selbst der IS, das ist doch eine Schande. Sie haben es angesprochen, dass die Bedingungen in den Flüchtlingscamps vor Ort endlich massiv verbessert werden müssen. Die auf der Geberkonferenz für Syrien zugesagten Summen sind ein erster Schritt, aber die Zusagen müssen, anders als in der Vergangenheit, dann auch eingehalten werden. Und es wäre mehr als angemessen, wenn die USA, die mit ihren Kriegen den ganzen Nahen und Mittleren Osten erst in Brand gesteckt haben, sich mit weit höheren Summen beteiligt als bisher. Werben Sie auf dem morgigen EU-Gipfel für eine an den europäischen Interessen ausgerichtete Außenpolitik. Und zu den europäischen Interessen gehört ein gutes Verhältnis zu Russland statt einer eskalierenden Konfrontation. Das alles wären realistische Schritte zur Lösung der Probleme. Voraussetzung dafür ist es allerdings, dass Ihre Regierung überhaupt wieder handlungsfähig wird, statt den größten Teil ihrer

Zeit und Kraft mit internem Gezänk zu vergeuden. 81 Prozent der Menschen haben inzwischen das Gefühl, dass diese Regierung die Probleme nicht mehr im Griff hat. Und selbst eine Ihnen freundlich gesonnene Zeitung wie die Welt konstatiert, dass die Bundesregierung noch nie so isoliert in Europa dastand wie heute. Sie können eben nicht beides haben: eine neoliberale Politik der sozialen Kälte und ein solidarischer Miteinander. Denn der Neoliberalismus zerstört das teilnehmende und mitfühlende Handeln. Deshalb: wenn Sie solidarische Lösungen wollen, dann ändern sie die grundsätzliche Ausrichtung Ihrer Politik.

SCHWARZ-ROT EXPORTIERT WEITER DEN TOD IN ALLE WELT

SPD, CDU und CSU haben am 17. Februar 2016 geschlossen gegen unseren Antrag gestimmt: »Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, keine Genehmigungen für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Saudi-Arabien mehr zu erteilen. Sollte eine Genehmigung bereits erteilt worden sein, ist sie zu widerrufen.« Die Koalitionsparteien setzen - die SPD entgegen allen Lippenbekenntnissen - Rüstungsexporte an ein kriegsführendes Regime fort. Im Klartext: Schwarz-Rot exportiert weiter den Tod in alle Welt und schafft so neue Fluchtursachen, statt sie zu bekämpfen.

Fraktion	Mitglieder	Ja	Nein	Enthaltung	nicht abgestimmt
CDU/CSU	310	0	289	0	21
SPD	193	0	180	0	13
DIE LINKE	64	59	0	0	5
B90/Grüne	63	61	0	0	2

Quelle: Bundestag



www.linksfraktion.de

Stand: 18.02.2016. Quelle: Material der Nicht-Verhandlungswahlkommission Bundestag
V.i.S.d.P. Malte Fritzsche, Jan Korte, Fraktion DIE LINKE, im Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

5x5 für ein soziales Deutschland

Magdeburger Erklärung des 4. Parlamentariertages der LINKEN

In der seit Monaten anhaltenden Auseinandersetzung zu einer der größten humanitären Krisen der Gegenwart verstellt der herrschende menschenfeindliche Populismus den Blick darauf, dass das gesamte Land von der CSU/CDU-SPD Koalition seit Jahren auf Verschleiß gefahren wurde. Unter dem Druck der Schuldenbremse und der Fixierung auf die Schwarze Null wurden Personalabbau und Privatisierungen im öffentlichen Sektor, Kürzungen beim sozialen Wohnungsbau und der Arbeitsförderung sowie ein enormer Sanierungsnotstand kommunaler Einrichtungen viel zu lange in Kauf genommen. Zuwanderung hat die vielfältigen Probleme nicht hervorgerufen - viele Kommunen waren vor den Flüchtlingen pleite, sie sind mit den Flüchtlingen pleite und wenn wir nicht

gegensteuern, werden sie auch nach den Flüchtlingen pleite sein. Es gilt, die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen und dabei nicht die Schwachen gegen die Schwächsten auszuspielen, wie es derzeit die Große Koalition betreibt.

In Zeiten des koalitionären Hickhacks, das einen enormen Rechtsruck in der Gesellschaft befeuert, und immer nationalistischerer Parolen, die Obergrenzen, Sozialkürzungen für Flüchtlinge und totale Abschottung bis hin zum Schießbefehl fordern, formuliert DIE LINKE den Anspruch, eine radikal solidarische Zeitenwende einzuleiten und hat dazu konkrete Vorschläge: Wir fordern für 2016 ein 25-Milliarden-Sofortprogramm des Bundes für eine soziale Offensive, mit der dieses Land eine Zukunft für alle einleiten kann.

- 5 Mrd. Euro für gemeinnützigen, sozialen Wohnungsbau
- 5 Mrd. Euro für Bildung

- 5 Mrd. Euro für Sicherheit und die Stärkung des öffentlichen Dienstes
- 5 Mrd. Euro für öffentliche Beschäftigung und Integration
- 5 Mrd. Euro für die Bekämpfung von Fluchtursachen

Neben einer verlässlichen Finanzierung aus den Steuermehreinnahmen fordern wir entsprechende Umschichtungen im Haushalt. Mit Hilfe der Einnahmen aus einer Millionärssteuer und einer reformierten Erbschaftssteuer wollen wir die Programme in den Folgejahren ausbauen, verstetigen und finanziell absichern. Jetzt ist die Zeit für ein entschiedenes Gegen- und Umsteuern gegenüber der Sparpolitik der Bundesregierung und für eine radikale Neuordnung der Finanzen im Bund und in den Ländern - für handlungsfähige, funktionierende Kommunen und ein soziales, gerechtes und lebenswertes Land.

Linke Regierungsbeteiligung - Was uns die Geschichte lehrt

Am 4. September wird ein neuer Landtag gewählt. Findet die Große Koalition eine Fortsetzung, oder erlebt DIE LINKE ein Comeback als Regierungspartei? 1998 entschied sich die PDS für den Gang in die Regierung, der sie bis 2006 angehörte. Vor allem die zahlreichen jüngeren Leser*innen des KLARTEXT werden sich nicht darin erinnern, welche Zerreißprobe damit für unseren Landesverband einherging. Im Herbst 2015 veröffentlichte die Rosa-Luxemburg-Stiftung die Studie „Linke Parteien in Koalitionsregierungen – die deutsche Erfahrung“, in der an den Beispielen Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Brandenburg eine Bilanz gezogen wird. Ob diese Bilanz nur für Historiker interessant ist, muss jeder Leser selber entscheiden.

Die Studie versucht gar nicht erst, eine objektive Bilanz der Regierungstätigkeit zu ziehen. Ob die Regierungsbeteiligungen ein Erfolg oder ein Misserfolg waren, wird jeder der damals Beteiligten von seiner subjektiven Warte aus beurteilen. Und genau diese subjektive Bewertung ist die Grundlage der Studie. In anonymisierten Befragungen ziehen jeweils acht Beteiligte (Fraktionsmitglieder, Regierungsmitglieder, Parteifunktionäre) für ihr Bundesland Bilanz. Für das Fallbeispiel Mecklenburg-Vorpommern ergeben sich sehr unterschiedliche Bewertungen. Für viele Beteiligte stellte der Eintritt in die Regierung 1998 den letzten Schritt auf dem Weg seit 1989 zu einer normalen Parlamentspartei dar. Auch an der Basis, bei den 1989/90 Gedemütigten, gab es das Gefühl, man gehöre nicht mehr zu den Ausgestoßenen. Damit veränderte sich auch das Verhältnis zum eigenen Bundesland, das man jetzt mitgestalten konnte. Entsprechend groß war bei vielen die Euphorie beim Eintritt in die Landesregierung.

Die Bilanz des eigenen Handelns wird im Rückblick von den Akteuren überwiegend positiv bewertet. Es seien viele kleine gesetzte Ziele erreicht worden. Auch bei zentralen Themen habe man Pflöcke einschlagen, Fundamente legen, Entwicklungen in eine andere Richtung lenken, nachhaltige Wirkung erzielen können. Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor, Umwelt- und Naturschutzprojekte, Kita-Fördergesetz, Aufbrechen des dreigliedrigen Schulsystems, Jugend- und Sozialarbeit. Gemeinsam mit den Gewerkschaften konnte Politik für die Interessen der Arbeitnehmer gemacht werden.

Wichtig war es den Befragten, Ministerien

zu besetzen, mit denen nicht nur verwaltet, sondern aktiv gestaltet werden konnte. Dies gelang mit den beiden Ministerien Bau/Arbeit (Holter) und Umwelt (Methling). Ausgerechnet das Sozialministerium (Bunge) erwies sich als problematisch, da die linke Sozialministerin aufgrund nicht zu beeinflussender Rahmenbedingungen nur wenig linke Programmatik umsetzen konnte.

Auf Landesebene musste man vieles ausbaden, was anderswo entschieden wurde: Unternehmenssteuerreform der Bundesregierung, Kürzungen von EU-Förderprogrammen, etc. Ernüchtert stellen einige Befragte dann auch fest, dass trotz vieler kleiner Erfolge keine nachhaltige Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse erzielt werden konnte, das eigene Handeln also Episode blieb. Uneinig ist man sich, ob das überhaupt ein realistisches Ziel eigenen Regierungshandelns (gewesen) sei. Während einige Befragte die messbaren Ergebnisse ihrer Politik sahen, gaben sich andere nicht damit zufrieden, sondern forderten den Einstieg in weitergehende Veränderungen, Weichenstellungen in wichtigen Politikbereichen.

Die PDS hatte in Regierungsverantwortung



Helmut Holter und Harald Ringstorff halten 1998 den Koalitionsvertrag in ihren Händen

einige Kröten zu schlucken (Kreisgebietsreform, Zustimmung zur Rentenreform, etc.). Nicht selten sei man von der regierungserfahrenen SPD über den Tisch gezogen worden. Forderungen wurden laut, die Koalition zu verlassen und damit Schaden von der Partei abzuwenden. Die Folgen eines Regierungsaustritts wurden aber als ungleich höher und langfristig schwerwiegender eingeschätzt, als ein Verbleib in der Regierung. Die PDS wäre als regierungsunfähig stigmatisiert gewesen, über M-V hinaus. Also dachte man über „rote Haltelinien“ gar nicht erst nach, denn diese hätten in bestimmten Situationen unweigerlich eine Entscheidung gegen die Koalition

verlangt. Man wollte lieber den Einzelfall entscheiden – abhängig vom eigenen Programm und den Handlungsmöglichkeiten. Während z.B. die PDS im Bund Personalabbau im Öffentlichen Dienst ablehnte, ließ der Bevölkerungsschwund in M-V andere Optionen offen.

Die eigene Regierungstätigkeit wurde als erfolgreich eingeschätzt. Man hatte etwas erreicht, also war man auch erfolgreich gewesen. Mit dem Gang in die Regierung hatten sich demnach auch die Maßstäbe verändert. Jene, die jetzt politische Verantwortung im Amt trugen, maßen den Erfolg an dem, was konkret erreicht werden konnte. Umso größer war der Frust über die undankbare Wählerschaft, die dieses Urteil nicht teilen wollte. Erstmals wurde die PDS das Ziel öffentlicher Proteste. Das war ein Vorgeschmack auf Stimmenverluste bei den kommenden Wahlen. 2002 verlor die PDS 7 von 20 Mandaten (siehe Grafik). Ein Schock für die gesamte Partei. Über die Ursache für die Wahlniederlagen herrscht bis heute eine gewisse Ratlosigkeit. Einig waren sich die Befragten darin, dass in der Öffentlichkeit die Erfolge unzureichend als solche dargestellt wurden. Das konnte die SPD besser. Den Politikern der PDS fehlten Selbstbewusstsein und kommunikative Kompetenzen. Das Versprechen, anders zu regieren, nämlich transparenter und partizipativer, erschien uneingelöst. Oft gelang es nicht, Entscheidungsfindungen transparent zu machen und die Menschen „mitzunehmen“. Für die Zukunft wird die ständige Rückkopplung der Partei zum Wahlvolk entscheidend sein (z.B. „Landtouren“), auch wenn dies im Regierungsgeschäft kräftezehrend und nur schwer zu organisieren ist.

1998 waren die Erwartungen an die PDS exorbitant hoch. Das Wahlprogramm war etwas naiv und mit wenig

Rücksicht auf Umsetzbarkeit und Finanzierbarkeit geschrieben worden. Die Wahrnehmung der Erfolge unterschied sich dann bei Politikern und Wahlvolk grundlegend. Erreichtes betraf nur wenige und wurde schnell als normal wahrgenommen. Weichenstellungen konnten erst in der Zukunft Erfolge zeitigen, aber so viel Geduld hatten die PDS-Anhänger nicht. Gemessen am Anspruch der PDS, eine andere Gesellschaft zu wollen, war das Erreichte zu wenig.

Der Autor der Studie sieht den entscheidenden Grund für den Akzeptanzverlust beim Wähler jedoch darin, dass eine Grundbedingung nicht erfüllt wurde: Erfolgreiches

Regieren muss einhergehen mit der Akzeptanz der eigenen Rolle als Regierungspartei. Was der SPD stets gelang, war für die PDS ein schmerzhafter Prozess. Das offenbarte sich im Verhältnis zur SPD. Mit dem Gang in die Regierung wurde aus dem Konkurrenten SPD die Partnerin, mit der man sich auf eine gemeinsame politische Grundlage für die Legislaturperiode geeinigt hatte. Dieser Perspektivwechsel bei den Regierungsbefürwortern wurde aber in der Partei nicht in gleichem Maße oder nicht in diesem Tempo mitvollzogen. Das galt für die Landtagsfraktion und die Landespartei gleichermaßen, so der Eindruck der Befragten.

Wahlergebnisse der PDS, Linkspartei, PDS, DIE LINKE

	Wahlergebnis vor Regierungseintritt	Wahlergebnis nach der 1. Regierungsperiode	Wahlergebnis nach der 2. Regierungsperiode
Mecklenburg-Vorpommern	24,4 % (1998)	16,4 % (2002)	16,8 % (2006)
Berlin	22,6 % (2001)	13,4 % (2006)	11,7 % (2011)
Brandenburg	27,2 % (2009)	18,6 % (2014)	

Darüber hinaus veränderte sich für die Parteibasis mit dem Regierungseintritt zwangsläufig der Grad ihrer Einstellung zur eigenen Partei. Heute scheint die Harmonie im Landesverband auch der oppositionellen Ohnmacht geschuldet. 1998 hingegen begann für die PDS ein schmerzhafter Lernprozess. Die bisher sehr passive Parteibasis kam an Bewertungen und Stellungnahmen nicht mehr vorbei; diese konnten in Engagement/Identifikation oder in Distanz/Rückzug ihren Ausdruck finden. Hierbei traten längerfristige Einstellungen zutage, die oftmals in einem starken Gegensatz zueinander standen (Realpolitik vs. Systemkritik; Alltagspolitik vs. die große Linie; Übernahme von Verantwortung vs. Programmtreue in der Opposition). Diese Gegensätze konnten nie aufgelöst werden, stattdessen zeigten sich z.B. bei den Diskussionen um die Kreisgebietsreform oder die Umsetzung der Hartz-IV-Gesetze tiefe Risse in der Partei, verbunden mit dem Rückzug vieler aus der aktiven Parteilinie und der Bildung von Zirkeln, die beständig die Regierenden kritisierten und vorführten, sich an außerparlamentarischen Protesten gegen

die Landesregierung beteiligten. Beklagt wurde der vermeintliche Wandel der PDS von einer kämpferischen Oppositionspartei hin zu einer angepassten Partei. Die Regierungsbefürworter hätten ihrerseits auch auf berechtigte Kritik zu harsch reagiert, heißt es in der Studie: Berauscht von den eigenen „Erfolgen“ wäre jegliche Kritik als prinzipielle Gegnerschaft zum Regieren bekämpft worden.

Wichtig für die Partei war es, dass die unterschiedlichen Gruppen in einen Lernprozess eintreten und sich gegenseitig annähern würden. Auch in Mecklenburg-Vorpommern ist es nicht gelungen, diesen Prozess erfolgreich zu moderieren. Dies führte dazu, dass die Partei nie ganz in ihre Rolle als Regierungspartei hineingefunden hat. Der Stellenwert innerparteilicher Kommunikation ist für den Erhalt der Einheit und Mobilisierungsfähigkeit also nicht zu überschätzen. Unerlässlich scheint eine stetige Information der Parteibasis über das Regierungshandeln. Wenn Parteimitglieder ihre Informationen allein über die Massenmedien beziehen, sind Enttäuschungen und Konflikte vorprogrammiert. Das musste die Sozialministerin Martina Bunge erfahren, die sich heftigen Angriffen seitens der Medien ausgesetzt sah. Linken werden keine Fehler verziehen, heißt es in der Studie treffend.

Keinesfalls dürfen vor dem Regierungseintritt zu hohe Erwartungen geweckt werden. Das Wahlprogramm von 1998 tat dies aber. Die in der DDR Sozialisierten haben lernen müssen, heißt es in der Studie, dass Macht nun anders funktioniert und die Durchsetzungsfähigkeit eines kleinen Koalitionspartners vielfältigen Beschränkungen unterlag. Viele PDS-Mitglieder erkannten in der Politik „ihrer“ Minister nicht das „Linke“. Während anfänglich das Gefühl dominierte, allein die Regierungsbeteiligung sei für die PDS ein großer Erfolg, setzte bald die große Ernüchterung ein. Dabei haben wir es auch mit einem

spezifischen Problem der Landespolitik zu tun: Während auf Bundesebene eine sozialistische Partei klare Gesellschaftskritik üben kann, holt sie in der Kommunalpolitik unter den gesetzten Bedingungen das Bestmögliche für ihr Klientel heraus. Auf Landesebene schwanken die Erwartungen aber zwischen diesen beiden Polen. Tatsächlich ähnelt die Landespolitik eher der Kommunalpolitik. Die Erwartungshaltung an eine LINKE Regierungspartei ist aber anders gelagert. Aufgabe ist es, die Erwartungen auf ein realistisches Maß zu rechtzustutzen.

Überschattet wurden die rot-roten Regierungsjahre von der Frage „Wie hältst Du es mit der DDR?“. Diese Frage wird im Landesverband bis heute hartnäckig gestellt, bis hin zu der Forderung, im Wahlprogramm 2016 ein Bekenntnis zur DDR abzulegen. Es ist nie gelungen, eine gemeinsame Basis für die Bewertung der DDR zu finden. Dies belastet die Partei bis heute, wenn auch in abnehmendem Maße.

Was nehmen wir für die kommenden Monate mit? Mit dem Regierungseintritt betrat die PDS 1998 in Mecklenburg-Vorpommern Neuland. Man stellte unter Beweis, dass man das Regierungshandwerk beherrschte. Daran herrscht heute kein

Zweifel mehr. Wenig deutet darauf hin, dass eine Neuauflage der rot-roten Koalition (vermutlich unter Einschluss der Grünen) zu einer Zerreißprobe für den Landesverband werden könnte. Die einmütig verabschiedeten Eckpunkte zum Wahlprogramm betonen unsere Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Aber anders

als 1998 ist eine Regierungsbeteiligung für unsere Partei kein historischer Einschnitt mit deutschlandweiter Ausstrahlung mehr. Man kann schon deshalb ganz nüchtern prüfen, ob es mit SPD und Grünen genügend politische Schnittmengen gibt, die eine Zusammenarbeit rechtfertigen. Blickt man auf die letzten Jahre zurück, braucht man dazu schon ein wenig Fantasie.

Carsten Penzlin



Strudel der Inkonsequenz (von Jürgen Riedel)

LYRIK

Würde Hitler noch leben
 Merkel säße mit ihm nicht im Strandkorb
 Anders bei Bush Nummer 2
 Er überfiel den Irak Hitler Polen
 Zyklon-B-Rassist
 Machte Millionen wrackelblos
 Dabbelju tauchte
 Westliche nahöstliche Welt
 In eisige Angst
 Blutbäder mit roten Gichtspritzern
 Explosionslautes Jahrhundert lang

Fritz Reuter: Ut de Franzosentid

*Leiw Läser,
ick sett hier, mit Deil 2, de Beantwortung
von Fritz Reuters Frag furt, worüm Möller
Voß nich Pankerott spelen künn, un woans
hei Herrn Amtshauptmann in grote Not bi-
stahn deed. Vål Spaß!
Kurt Kaiser*

Dat ierste Kapitel (Förtsetzung)

De oll Herr steiht noch ,ne Wil un kickt den Möller nah, as hei äwer den Sloßhof geiht, un seggt tau sick: »t is en slimm Stück für einen ollen Mann, den annern so allmählich an de slichten Tieden un an de noch slichteren Minschen tau Grun'n gahn tau seihn. Wer äwer kann em helpen? Dat einzigst is, em Tied gewinnen laten. – Fiewhunnert Daler! – Wer hett up Stun'ns fiewhunnert Daler? Ick glöw, wenn de oll Roggenbom tau Scharpzwotnamen ward, denn kann em dat ganze Stemhäger Amt up den Kopp stellen un de Stadt dortau, dor fallen kein fiewhunnert Daler rut; un Roggenbom deiht dat nich. Tau Ostern güng dat möglicher Wies'; so lang' täuwt äwer de Jud' nich. – Ja, ja! För olle Lüd' is't ,ne slimme Tied!«

Un as hei noch so rute kickt ut dat Finster, dunn ward dat buten so lewig up den Hof, un säben französche Schassürs rieden in't Dur rin, un de ein stiggt af un binnt sien Pierd an de Klink von Mamsell Westphalen ehren Hühnerstall un geiht stracks rinne nah den ollen Herrn sien Stuw' un fangt dor an, em wat vör tau Backerieren un mit de Arm tau fuchteln, wobi de oll Herr ganz ruhig stahn bliwwt un em ankickt. – As dat äwer düller ward un de Franzos' de Plämp blank treckt, geiht de oll Herr an de Klingel un röppt nah Fritz Sahlmannen, wat sien Klafakter was un de lopenden Geschäfte besorgen müßt, un hei seggt: »Fritz«, seggt hei, »lop runne nah den Herrn Burmeister, ob hei nich glik en beten kamen wull, denn mien Latin wier wedder mal tau En'n.«

Un Fritz Sahlmann kümmt nu dal nah mienen Vater un seggt: »Herr Burmeister, kamen S' fixing ruppe nah't Sloß; dat geiht süs allmeindag nich gaud!« – »Wat is ,e denn los?« fröggt mien Oll. – »Up den Sloßhof hollen söß entfahmtige französche Spitzbauwen-Schassürs, un wat de Öbberst von ehr is, de is binnen bi den ollen Herrn un hett allen Respekt vergeten un hett blank treckt un fackelt em mit de nackte Plämp vör de Ogen, un de oll Herr steiht vör em steidel in En'n un rüppelt un rögt sick nich, denn hei versteiht so vel von't Französich as de Kauh von'n Sünndag.« – »Dat wier der Deuwel!« seggt mien Oll un sprung up, denn hei was en kräsigen resolvierten Mann, un Furcht hadd hei nich

so vel as dat Swart' unner'n Nagel, un lep up't Sloß.

As mien Oll rin kümmt tau denn Herrn Amtshauptmann, dunn futert de Franzos' dor rüm as en will Diert, un ut sien Mulwark prust't dat herut, as wenn en Tappen ut ,ne Tunn treckt is; de oll Herr äwerst steiht ruhig dor un hett sienen Tikzionnühr von



Pochen in de Hand, un wenn hei'n Wurd von den Franzosen hallweg' versteiht, denn sleiht hei nah, wat Poche woll dortau seggen deiht, un as mien Oll heran kümmt, dunn fröggt hei: »Min Herzenskindting, wat will de Kierl? – Ne, wat denn? – Fragen S' doch den Kierl, wat hei will.« – Mien Vater fangt also mit den Kierl an tau reden, de äwer stellt sick so ungebärdig un schimpt un schandiert, dat de oll Amtshauptmann wedder fröggt: »Mien Herzenskindting, wat iewart sick de Kirl?« – Na, endlich kriggt min Oll den Franzosen so wiet, dat hei mit sien Sak herut rückt, un as hei nu den ollen Herrn verfloren deiht, dat de Franzmann föfteihn fett Ossen un ,ne Last Weiten un säbenhunnert Ellen gräun Laken un hunnert Luggerdur verlangt un denn för sick un sien Lüd' noch velen »dü Wäng«, dunn seggt de oll Amtshauptmann:

»Min Herzenskindting, seggen S' den Kierl, wi wull'n em brav...« –

»Holt!« röppt mien Oll, »Herr Amtshauptmann! Dat Wurd seggen Sei nich, dat ward hei in de letzte Tied up vel Fläg' all hürt hewwen, un hei künn't mägliche Wies' verstahn. Ne, ick rad dortau, wi gewen em den dü Wäng', denn mag jo woll dat anner in de Hor drögen.« – Un de Herr Amtshauptmann giwwt em recht un röppt Fritz Sahlmannen, hei sall von Mamsell Westphalen Gläs' un Win besorgen, äwer nich von den besten.

Na, de Win, de kümmt, un min Vater schenkt den Franzosen in, un de Franzos' schenkt mienen Vater in, un ,t geiht ümmer ümschichtig, un mien Oll, de seggt: »Herr Amtshauptmann«, seggt hei, »Sei möten mit ran un möten mi helpen, denn dit is ein von de Ort, de keinen Bodden

in'n Liew' hett.« – »Mien Herzenskindting«, seggt de oll Herr, »ick bün en ollen Mann un bün ierste Herzogliche Beamte in't Stemhäger Amt, wo paßt sick dat vör mi, dat ick mi mit den Kierl in de Zech gew?« – »Je«, seggt mien Oll, »Not kennt kein Gebot; un dit is för't Vaderland.« – Un de oll Herr set't sick mit ran un wirkt ok nah Kräfte. Doch nah einige Wiel seggt min Oll: »Herr Amtshauptmann, de Kierl ward uns äwer; dat wier ,ne Gnad von Gott, wenn hei uns up Stun'ns einen schicken ded, de en gauden Magen un en fasten Kopp hett.« Un as hei dit seggt, dunn kloppt dor wat an de Dör. »Herein!« – »Gun Dag ok!« seggt oll Möller Voß ut Gielow un kümmt in de Dör. »Gun Dag, Herr Amtshauptmann.« – »Gun Dag, mien leiw' Möller.« – »Je, Herr, ick kam noch mal in mien Saak.« – »Dor is hüt kein Tied dortau«, seggt de oll Herr, »denn Hei süht woll, in wat för Umstän'n wi uns befinden.« – Un mien Vater röppt: »Min leiw' Voß, kam Hei her un dau Hei en christlich Wark un legg Hei sick dwars vör den Franzosen in't Geschirr un nehm Hei'n mal tau Protokoll, äwer scharp.« – Un Möller Voß kickt mienen Ollen an un kickt den Herrn Amtshauptmann an un denkt sien Deil as jenne Kuhn hahn un seggt tau sick: up so'n Gerichtsdag bün ick noch nich west, find't sick äwer licht in de Sak.

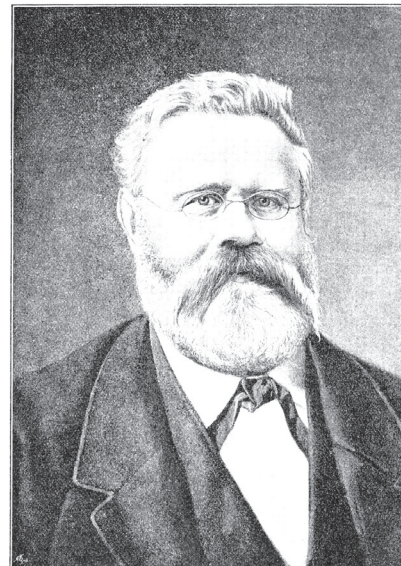
Mien Vater geiht nu an den Herrn Amtshauptmann ran un seggt: »Herr Amtshauptmann, dit is uns' Mann, de ward mit em farig, ick kenn em.« – »Schön«, seggt de oll Herr, »mien Herzenskindting, wo warden wi äwer mit de söß Kirls hier buten up den Sloßplatz farig?« – »Dit is man so'ne Marodür- und Ströper- Ban'n«, seggt mien Oll, »laten S' mi man mienen Willen, ick mak sei grugen«; un hei röppt Fritz Sahlmannen un seggt: »Fritz, min Sähn, gah hinnen dörch den Sloßgoren, dat di keiner süht, un lop nah den Uhrkenmaker Droz, un hei süll stantepeh sien Unneform antrecken mit de langen swarten Stifeletten un de Borenmütz un Obergewehr un Unnergewehr un süll sick dörch de lütt gräun Purt dörch den Goren slieken bet unner dat Eckfinster, un denn süll hei hausten.« Wat nu den Uhrkenmaker Droz anbedrapen deiht, so was hei von Geburt en Nöffschandeller, hadd vele Potentaten deint un ok de Franzosen un was nahsten in mien Vaderstadt hacken blewen, indem dat hei ,ne Wittfru frigen deed. Siene französche Unneform hadd hei uphegt, un wenn hei Abends in de Schummerstun'n tau'n Uhrenflicken nich mihr seihn künn, denn treckt hei sick sien Mondierung an un gung ümmer in sien lütt Kamer up un dal; äwer in'n Horen, denn mit de Borenmütz gung't nich, de schrammt an'n Bähn. Un denn redte hei von »la grang Nationg« un »lö grang Amperör« un kommandierte dat

ganze Batteljon un let rechts inswenken un links inhau'n, dat sick Fru un Kinner achter't Bedd verkröpen. Hei was äwer en gauden Mann un deed kein Kind wat, un Dags äwer lagg »la grang Nationg« in'n Kuffert, un hei flickte Uhren un puste un smerte sei un att meckelbörgsch Pölltüften un stippte sei in meckelbörgsch Speck. Na, während des nu also de Uhrkenmaker sick de Stifeletten anknöpt un de Borenmütz upset't, satt Möller Voß mit den Franzosen tausam un let sick dat in den Herrn Amtshauptmannen sienen Rotwin sur warden, un de Franzos' stödd mit den Möller an un säd: »A Wuh!«, un de Möller namm denn sien Glas, drunk un säd: »Na nu!«, un denn stödd de Möller wedder mit den Franzosen an, un de Franzos' bedankte sick un säd: »Serwitör!«, un de Möller drunk denn ok un säd: »Sett em vör de Dör!«, un so redten sei französisch mit enanner un drunken. So würden sei denn nu ümmer fründschaftlicher mit enanner; de Franzos' stek de blanke Plämp in de Scheid, un't wohrt nich lang', denn russelt sien swarte Snurrbort den ollen Möller unner de stuw Näs', und de Möller smet em en por in't Gesicht, de säden man so »Stah!«, denn de oll Möller hadd en Mulgeschirr, as wier hei mit ,ne Worpschüpp upfött, un jedwerein von sien Küß güll gaud drei gadlich. Grad' as dit geschach, denn haust dat unner dat Eckfinster, un mien Oll slek sick rut

un säd den Uhrkenmaker Bescheid, wat hei dauhn süll. De Herr Amtshauptmann äwer gung ümmer up un dal un dacht, wat hohe Herzogliche Kammer woll dortau seggen würd, wenn sei dit mit anseeg, un säd tau denn Möller: »Möller, verzag' Hei nich, ick ward't Em gedenken.« Un de Möller verzagt ok nich, sondern drunk rüstig wieder. De Uhrkenmaker gung wildeß heimlich wedder t'rügg dörch den Sloßgoren, as hei äwerst up den gewöhnlichen Weg kamm, de nah't Sloß ruppe geiht, denn smet hei sick in de Bost un trampst up, denn hei was nu wedder »grang Nationg«, un hei marschirt strack un stramm in't Sloßdur rinne, wat hei denn ok schön taurecht kreeg, wil dat hei von Angesicht un Statur en ansehnlichen Kirl was. Na, de söß Schassürs, de bi ehr Pird stunnen, de keken un flusterten mit enanner, un de eingung nah em ran un frog: wohen? un woher? Droz äwerst kek em recht höhnschen äwer de Schuller an un antwurt't em kort un barsch up Französch, hei wir de Quartiermeister von't dreiunsäbentigste Regiment un in ,ne halv' Stun'n kem dat von Malchin rup un hei müßt irst mit Mußiö lö Balljif reden. Dunn schot den Schassür dat Blatt, un as Droz en beten handgrieplich mit den Tunpahl up Marodürs tau spitzen anfung un vertellte, dat sien Oberst gistern en por hadd dod scheiten laten, denn drückt sick irst de ein un denn de anner, un wenn ok noch weck von ehr tausam

snatern deeden un up dat Sloß wis'ten von wegen ehren Kummandür, so hadd doch keiner rechte Tid taum Täuwen, un in'n Handümdreihn was de Sloßhof leddig, un in't Bramborg'sch Dur stun'n wi Jungs un keken de söß französch Schassürs nah, wo sei den deipen Leimweg hendal klaba-sterten, denn dat was grad in de schönste Tid von den dunnmaligen meckelbörgschen Landweg', so in'n Frühjohr, in'n Andäu.

- ENDE -



Literatur-empfehlung

Henning Mankell
(3.2.1948 - 5. 10.2015)
Treibsand: Was es heißt,
ein Mensch zu sein

Das stille und zugleich kraftvolle Buch des vor kurzem verstorbenen Henning Mankell war im vergangenen Jahr mehrmals auf Platz 1 der Spiegel-Bestsellerliste und braucht deshalb eigentlich gar keine werbende Unterstützung hier im KLARTEXT. Mein Leseerlebnis war aber so stark, dass ich doch davon berichten möchte.

Henning Mankell lebte als Theaterregisseur und Autor in Schweden und in Maputo (Mosambik). Seine Romane um Kommissar Kurt Wallander sind internationale Bestseller und wurden vielfach verfilmt, so dass er zu den bekanntesten aktuellen Kriminalautoren gehört. Seine Krimis haben stets einen politischen und gesellschaftskritischen Hintergrund.

Das Buch „Treibsand“ ist Henning Mankells persönlichstes Buch, es kann als sein Vermächtnis verstanden werden. In fast jedem Kapitel greift er einen philosophischen Aspekt auf und bringt ihn in Beziehung zum alltäglichen Überlebenskampf.

Als bei ihm Krebs diagnostiziert wurde, erinnerte er sich an einen alten Albtraum, im Treibsand zu versinken, der einen unerbittlich verschlingt. Das wird für Henning Mankell zum Anlass, über wichtige Fragen des Lebens nachzudenken, und er findet darin ein Mittel, die Krise zu überwinden. Die Fragen „Woher kommen wir?“, „Wohin gehen wir?“, „Welche Art der Gesellschaft will ich mitgestalten?“ verbindet er mit



Überlegungen, was ein Einzelner und die gesamte Menschheit einmal hinterlassen werden. Als roter Faden zieht sich das Problem der Endlagerung unseres Atommülls durch viele Seiten des Buches. Es muss

für eine unvorstellbar lange Zeit angelegt werden. Von welcher Seite er das Problem der Endlagerung auch betrachtet, welchen Versuch er auch macht, um diesen Zeitraum von 100 000 Jahren zu begreifen - er wird stets gewahr, dass seine Ausflüge in die Geschichte nur Annäherungen bieten, aber nicht mehr. Angesichts dieser Undurchdringbarkeit von Zeit und Raum hilft ihm dann immer wieder ein Blick zurück auf Schlüsselszenen seines eigenen Lebens. Dabei beschreibt er Fähigkeiten und Strategien, ein sinnvolles Leben zu führen und seine Begegnungen mit den kulturgeschichtlichen Anfängen der Menschheit. Er reflektiert über Zukunftsfragen und erzählt, was Literatur, Kunst und Musik in verzweifelten Momenten bedeuten können.

„Mit diesem Buch hat Mankell uns ein großartiges Geschenk hinterlassen. Es erinnert nochmals an all seine Rollen, die er innehatte: der begnadete Geschichtenerzähler, der besorgte Mahner, der engagierte Zeitgenosse, der große Menschenfreund und der unermüdete Lebensbejaher.“ sagte Luzia Stettler im SRF1 am 11.10.2015. Dem ist nicht zu widersprechen.

Wolfgang Bergt

Paul Zsolnay Verlag, ISBN 978-3552057364, 19,90 €

Eine kurze Einführung in's Marxsche Kapital in drei Teilen - Teil II

Und obwohl die Marxsche Kapitalismuskritik und seine Vorstellungen einer alternativen Gesellschaftsordnung heute genauso wichtig wie vor rund 150 Jahren waren, gerät seine Theorie immer mehr in den gesamtgesellschaftlichen Hintergrund. Die Rosa Luxemburg Stiftung organisiert in Rostock einen Marx-Lesekreis. Nicht alle können an diesem Lesekreis teilnehmen, weil aber das Interesse an den grundsätzlichen Ideen dieses Klassikers linker Gesellschaftstheorie in linken Kreisen nach wie vor hoch ist, gibt es hier eine grobe Zusammenfassung des Marxschen Kapitals. Der Text stammt ursprünglich vom Bundesverband der linksjugend [solid], wurde aber für diese Klartext Ausgabe von mir leicht verändert.

Arbeiter – und was man alles mit ihnen anstellen kann

Die Mehrheit der Gesellschaft verfügt über keine Produktionsmittel (Kapital) und gehört zu den lohnabhängigen Arbeiter_innen. Diese sind „doppelt freie Lohnarbeiter“, nämlich frei von Knechtschaft und frei von Eigentum. Durch historische Prozesse, welche die Landbevölkerung gewaltsam von ihrem Boden trennten, entstanden freie Lohnarbeiter_innen, die das Notwendige nicht mehr selbst produzieren konnten. Sie waren und sind stattdessen gezwungen, für Lohn zu arbeiten, um sich Lebensmittel kaufen zu können. Denn sie selbst haben nichts zu verkaufen, außer ihrer Arbeitskraft, also der Fähigkeit, Dinge herzustellen oder Dienste zu verrichten. Die Arbeitskraft wird auf dem (Arbeits-) Markt zur Ware. An der Arbeitskraft „klebt“ jedoch immer auch ein_e Arbeiter_in, die_ der als Mensch quasi zur Ware wird, und zwar immer dann, wenn es um seine Arbeitskraft geht.

Der (Tausch-)Wert der Ware Arbeitskraft bestimmt sich durch die Menge zu seiner Reproduktion notwendiger Lebensmittel, das heißt für den Erhalt des_r Arbeiters_Arbeiterin und den Erhalt der Arbeiter_innenklasse als solcher (Es müssen genügend neue Arbeiter_innen aufwachsen, um die „Verbrauchten“ zu ersetzen). Das alles geht mit Recht und Gesetz zu, denn bekämen die Arbeiter_innen weniger als zu ihrem Erhalt notwendig, wären irgendwann keine (arbeitsfähigen) mehr da; bekämen sie viel mehr als notwendig, hätten sie irgendwann Reichtum angehäuft und müssten nicht mehr arbeiten. In einer auf Lohnarbeit basierenden Gesellschaft muss es daher immer genügend Arbeitsfähige geben, die gezwungen sind zu dem Lohn zu arbeiten, den man ihnen bietet.

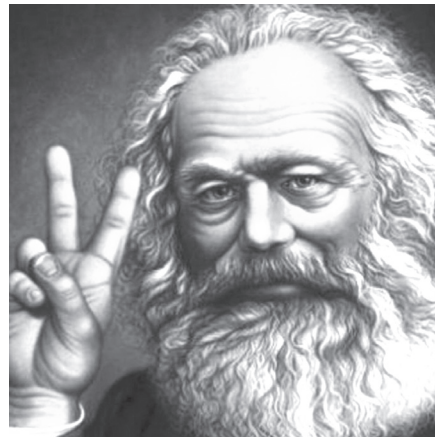
Wie jede andere Ware hat die Arbeitskraft einen Gebrauchswert und einen Tauschwert. Der_Die Kapitalist_in bezahlt den Tauschwert um (für eine bestimmte Zeit) den Gebrauchswert zu nutzen. Der Gebrauchswert besteht in der Fähigkeit zu arbeiten. Und zwar: mehr zu erarbeiten, als für den eigenen Erhalt notwendig wäre. In einem fiktiven Beispiel, erarbeitet Frau Meyer an einem neunstündigen Arbeitstag, in sechs Stunden den Gegenwert ihres Lohnes – also den Wert ihrer Arbeitskraft – und in den restlichen drei Stunden arbeitet sie für den Gewinn der_Kapitalist_innen – sie erarbeitet den Mehrwert. Der Wert, den Frau Meyer in diesen drei Stunden erarbeitet, gehört allein den Kapitalist_innen. Sie kann über die Verwendung nicht mitentscheiden oder gar darüber verfügen. Im bürgerlich/kapitalistischen Sinne ist dies gerecht, denn bezahlt wird Frau Meyer nicht für ihre Arbeit – bezahlt wird sie für einen Zeitraum (Arbeitstag), in dem die_der Kapitalist_in ihre Arbeitskraft nutzen kann. Frau Meyer wird für ihre Dienstbarkeit bezahlt. Der Mythos, Menschen würden für ihre Arbeit bezahlt werden, hält sich jedoch hartnäckig im Alltagsbewusstsein der Menschen. Wäre dies der Fall würde die_der Kapitalist_in keinen Gewinn machen. Wenn er den Gegenwert von dem von Frau Meyer Erarbeiteten bezahlen würde, wäre das Ganze ein Nullsummenspiel. Die produzierten Waren hätten exakt den Gegenwert des zuvor verausgabten Kapitals.

Da die Arbeitskraft nicht ohne die_den Arbeiter_in zu haben ist, braucht es eines speziellen Vertrages: der Arbeitsvertrag. Dieser enthält Dauer und Art der Nutzung und das vorgesehene Entgelt. Der Käufer strebt einen möglichst hohen Gebrauchswert an: „Arbeitstag verlängern!“ und zu einem möglichst niedrigen Tauschwert „Löhne kürzen“. Die Arbeiter_innen merken am eigenen Leib, was dies bedeutet und bestehen auf das Recht der Verkäufer_innen, den Gebrauchswert zu bestimmen: „Arbeitszeit begrenzen beziehungsweise kürzen!“ und einen möglichst hohen Tauschwert zu erzielen: „Mehr Lohn!“. Anders als bei anderen Waren, kann der Tauschwert durch die Akteur_innen verändert werden: Denn der Arbeitskampf bestimmt mit über den Lohn und kann z.B. durch einen

„Streik“ zum Erfolg führen. Die Kapitalseite wiederum kann mittels Drohungen („wir wandern aus“; „draußen warten Arbeitslose“ u.ä.) oder z.B. Outsourcing ihrerseits die Arbeitsbedingungen verschlechtern und die Löhne drücken. Dieser Interessenkonflikt ist Kern des Klassenkampfes. Klassenkampf ist der ständige Kampf um Löhne und Arbeitsbedingungen. Im Einzelfall dehnt sich dieser auf die politisch-gesellschaftliche Ebene au. Und dann geht es plötzlich um mehr als nur die konkreten Arbeitsbedingungen.

Zwar sind die Kapitaleigner_innen, als Klasse ebenso darauf angewiesen, Arbeitskraft zu kaufen, wie die Arbeiter_innen darauf angewiesen sind, sie zu verkaufen.

Das Kapital jedoch bestimmt die Bedingungen der Produktion. Kapitalist_innen können ihr Eigentum verleihen, um Durststrecken zu überstehen, die Unternehmen können auf Arbeiter_innen im Ausland zurückgreifen, um Lohn zu sparen. Und überhaupt können die Kapitalist_innen lebendige Arbeit durch Maschinerie ersetzen. Letzteres ist umso lohnender, je erfolgreicher



die Arbeiter_innen zuvor im Lohnkampf waren (desto höher die Löhne, desto mehr lohnen sich neue Maschinen). Die Arbeiter_innen dagegen leben von der Hand in den Mund und haben, wollen sie der Sozialhilfe entgehen, zum Abschluss eines Arbeitsvertrages auch kurzfristig keine Alternative. Die Freiwilligkeit, mit der sie den Arbeitsvertrag eingehen, ist deshalb bloßer Schein. Sie können nicht anders, und der Vermehrungszwang des Kapitals selbst sorgt dafür, dass dies für die meisten Lohnabhängigen auch so bleibt. Würde ein_e Kapitalist_in, z.B. Fabrikant Müller, soviel Lohn zahlen, dass Frau Meyer genügend Reichtum bilden kann, um nach einiger Zeit nicht mehr arbeiten zu müssen, würde er selbst keinen Gewinn mehr machen beziehungsweise von der Konkurrenz überrollt werden, da diese niedrigere Löhne zahlen könnte. So wie Frau Meyer in den Produktionsprozess hinein geht, so kommt sie auch wieder heraus; gerade mit dem Nötigsten versehen um weiter arbeiten zu können. So behält der Kapitalismus seine Produzent_innen in dauerhafter Abhängigkeit.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Das in den Produktionsprozess geworfene Geld erhält und vermehrt sich dadurch, dass Arbeit_innen Mehrwert erarbeiten, mit dem die_der Kapitalist_in einen Profit auf dem Markt erzielen kann. Das vermehrte Geld wird dann wieder in den Produktionsprozess gesteckt, damit es sich erneut „verwertet“. Dies nennt man dann: Akkumulation des Kapitals. Ob jemand Kapitalist_in ist, entscheidet sich nicht über den Inhalt ihrer_seiner Garage(n), sondern darüber, ob sie_er Verfügungsgewalt über Kapital hat (und von dessen Ertrag auch leben kann). Kapital: also eine Wertsumme X, die sich im „Wirtschaftskreislauf“ befindet, um sich zu „vermehren“ oder besser gesagt von den Lohnabhängigen vermehrt zu werden. Verwaltet wird das Ganze meist von Manager_innen beziehungsweise Geschäftsführer_innen. Manager_innen sind Angestellte, die enorm hohe Löhne dafür erhalten, dass sie das Geld Anderer erfolgreich verwerten. Sie sind also so etwas wie Agent_innen des Kapitals. Ihr hohes Einkommen soll ihre Loyalität zum Unternehmen beziehungsweise zu den Kapitaleigentümer_innen sichern, denn im Produktionsprozess haben sie die Verfügungsgewalt über das Kapital. Somit hängt von ihnen auch das Wohl oder der Untergang der Kapitaleigner_innen ab. Anders als bei hoch bezahlten Fußballern sind sie leicht zu ersetzen. Die hohe Vergütung ist also nicht etwa Ausdruck einer besonderen Fähigkeit oder Leistung.

Die Bewegung des Kapitals

Der Profit fließt nur zu einem geringen Teil in den Luxuskonsum der Kapitaleigentümer_innen, der größte Teil wird dem Kapital hinzugefügt, das Kapital wächst – es findet Akkumulation statt. Ein Kapital, beispielsweise Müllers Bügeleisenfabrik (BÜFA) steht mit anderen Kapitalen

in Konkurrenz. Die BÜFA muss wachsen, um sich über das Wachstum Vorteile zu sichern (z.B. neue Maschinen), die es ihr ermöglichen, die Konkurrenz vom Markt zu drängen oder aber einfach nur mitzuhalten. Da alle Konkurrent_innen so vorgehen (müssen), entsteht ein Sachzwang, der keine andere Handlungsoption zulässt, will das Kapital am Markt bestehen. Dabei spricht man von: Wachstumszwang. Die BÜFA kann an den Rohstoffpreisen wenig ändern: Auch das Drücken von Löhnen und die Verlängerung der Arbeitszeiten findet seine Grenzen in Tarifverträgen oder gesetzlichen Bestimmungen. Will sie ihre Produktivität steigern, bleibt oft nur die Investition in neue Technologien. Wenn sie bisher mit 100 Arbeiter_innen 1000 Bügeleisen im Monat produziert hat und mit den neuen Maschinen nun 2000 Stück schafft, kann sie entweder 50 Menschen entlassen oder versuchen, 2000 Bügeleisen zu einem niedrigeren Preis zu verkaufen (In der Realität finden wir meist eine Variation aus beiden Optionen). Wenn die BÜFA das erste Unternehmen ist, das diese Technologie anwendet, erzielt sie einen Extraprofit. Wenn ihre Produktionskosten um 50 % gesunken sind und die Bügeleisen zB. 10 % billiger verkauft als die Konkurrenz, kann sie mehr Bügeleisen losschlagen und macht auch noch pro Stück einen höheren Profit. Dieser Extraprofit ist es, auf den alle scharf sind (!) – es dauert jedoch nicht lange und die Konkurrenz hat aufgeholt und die Preise für Bügeleisen sind allgemein gefallen. Spätestens jetzt, wenn der Marktanteil wieder auf 1000 Bügeleisen gefallen ist, müssen Menschen entlassen werden. Geschieht nicht dies, so geht eben ein anderer Bügeleisenfabrikant pleite und muss seinerseits alle Arbeiter_innen entlassen. In diesem Fall ist nicht nur das Kapital, sondern auch sein Marktanteil zu Ungunsten der Konkurrenz gewachsen. Dem Kapital, das nicht schnell genug aufrüstet, bleibt nur der Ruin – die älteren, durchaus

noch funktionsfähigen Produktionslagen werden praktisch wertlos. Dieser Wettlauf verschärft sich immer weiter – die Produktivität muss in immer kürzeren Abständen erhöht werden. Immer mehr „Handgriffe“ werden von Maschinen erledigt, bei gleichem Kapitaleinsatz werden weniger Leute gebraucht. Und auch wenn das Kapital wächst, erhöht sich die Zahl der Arbeitsplätze nicht im selben Maße. Das Kapital produziert so eine „Reservearbeiterschaft“ beziehungsweise Erwerbslosigkeit. Diese dient als Ersatztruppe und Drohkulisse. Bei der Akkumulation von Kapital wird die Produktivkraft voran getrieben, dies schließt den Ruin von einzelnen Kapitalen und das Elend der überflüssigen Arbeiter_innen ein. Dieser Vorgang ist gesetzmäßig. Der Kapitalismus bestimmt unser Leben also in vielfacher Hinsicht und die meisten Freiheiten erweisen sich als trügerische Wahlmöglichkeiten. Letztendlich gilt für die meisten Menschen: work hard, die young. Die Konkurrenz müsste im Kapitalismus zum Untergang der Konkurrent_innen führen, würde der bürgerliche Staat dies nicht durch Gesetze verhindern. Auch der Akkumulationsprozess der immer wieder Krisen zur Folge hat, kann nur durch den Staat aufrecht erhalten werden, der diese Krisen abfedert. Jenseits staatlicher Kontrolle hat sich weltweit ein Geflecht aus Finanzströmen und Märkten gebildet der die Weltwirtschaft als eine brutale Naturkatastrophe erscheinen lässt, die über die Menschen hereinbricht (Globalisierungskritik). Aber der globale Kapitalismus ist und bleibt von Menschen gemacht und kann von Menschen verändert und überwunden werden. Im Folgenden sollen Finanzmarkt/ Krise und der bürgerliche Staat als kapitalistische Erscheinungen näher beleuchtet werden.

Nico Burmeister

Aus dem Landtag

Linksfraktion wird dem Werften-PUA Sondervotum vorlegen

Auf der jüngsten Sitzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) zur Aufklärung von Sachverhalten im Zusammenhang mit der Insolvenz der P+S-Werften wurde der Entwurf des Abschlussberichtes beraten und in Teilen auch abgestimmt. Dazu erklärt die Obfrau der Linksfraktion, Jeannine Rösler:

„Die Linksfraktion kann sich den Bewertungen der Koalition zum Untersuchungsgegenstand weitestgehend nicht anschließen. Zusammengefasst heißt es da: ‚Die

Landesregierung hat fehlerfrei und mehr als vorbildlich gehandelt, und alleinige Schuld tragen die ehemaligen Geschäftsführer von 2009 bis Juni 2012.‘

Wir kritisieren auch den Sachstandsbericht. Deshalb werden wir ein eigenes zusammenhängendes Sondervotum vorlegen. Unabhängig davon haben wir insbesondere zu dem Teil, in dem die Empfehlungen des Ausschusses formuliert sind, Änderungen beantragt. Wir wollten beispielsweise die Unabhängigkeit der Gutachter sowohl von Seiten der Geldgeber als auch von Seiten der Landesregierung stärker verankert wissen. Auch in dieser

Sache konnte kein Konsens erzielt werden. Es hat sich wieder gezeigt, dass alle Anträge der Opposition konsequent abgelehnt werden und somit eine Verständigung fraktionsübergreifend nicht möglich erscheint.

Zunächst aber bleibt ohnehin abzuwarten, wie die Entscheidung des Landesverfassungsgerichtes zu unserer Klage auf Einsicht des E-Mail-Verkehrs der P+S-Werften am kommenden Donnerstag ausfällt – ob die Beweisaufnahme abgeschlossen werden kann oder nicht. Wenn wir vor Gericht Recht bekommen, gehen wir davon aus, dass wir neue Erkenntnisse erhalten.“

Susanne Krone - Direktkandidatin im Landkreis

Susanne Krone

Geboren: 19. Dezember 1965 in Bützow
Beruf: Erzieherin für Jugendheime, Tanz-Sozialtherapeutin

derzeitige Tätigkeit: Leitung Fachbereich Wohnen bei der Lebenshilfe Rostock gGmbH

Familienstand: verheiratet

Mitglied DIE LINKE seit: 2011

Berufliches:

Seit Abschluss meines Studiums 1988 arbeite ich im pädagogischen Bereich. Einige Jahre in Leipzig mit Hör- und sprachgeschädigten Jugendlichen gearbeitet bin ich. 1996 bin ich nach Bayern ausgewandert und habe dort bei der Lebenshilfe Bad Tölz/Wolfratshausen und in München gearbeitet. Hier betreute ich schwerst-mehrfach behinderte erwachsene Menschen und habe u.a. eine Wohnstätte aufgebaut. In München war ich auch Betriebsratsmitglied.

2013 zog es mich zurück nach Hause in mein geliebtes Mecklenburg Vorpommern, zurück an die Ostsee.

Jetzt arbeite ich bei der Lebenshilfe Rostock gGmbH als Leiterin des Fachbereichs Wohnen.

Aktivitäten in unserer Partei:

In Bayern bin ich in unsere Partei eingetreten, zusammen mit dem Häuflein Aufrechter haben wir den ersten Infostand der LINKE in Bad Tölz organisiert. Ich arbeitete auch im Kreisvorstand Oberland - Die Linke. Bad Tölz Wolfratshausen Weilheim mit. Aktuell: - Mitglied im Kreistag

- Mitarbeit in der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik
- Mitarbeit in der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik
- Mitarbeit im Inklusionsbeirat des Landesvorstandes
- Ehrenamtliche Richterin am Landessozial-

gericht
- Mitglied im Landesvorstand des Verbandes Lebenshilfe

Soziales Familie Senioren

Alle Menschen müssen an der Gesellschaft, an Kultur und Bildung teilhaben, frei von staatlicher Überwachung ihre Meinung bilden und am demokratischen



Prozess teilhaben können. Im Mittelpunkt meiner Arbeit stehen Menschen, die benachteiligt werden, ohne richtige Teilhabemöglichkeit. Menschen, die am sogenannten Rand dieser Gesellschaft stehen, die die Kriterien dieser Leistungs- und vom Kapital bestimmten Gesellschaft nicht erfüllen! Durch meine Mitarbeit im Ausschuss für Familie, Senioren, Soziales und Gesundheit im Kreistag und als ehren-

amtliche Richterin im Landessozialgericht kann ich z.B. in der kommunalen Arbeit die soziale Sicht unserer Partei umsetzen. Gesetzliche und freiwillige Leistungen gehören dorthin, wo sie nützen. Und sicher muss man auch einige Hürden überspringen oder außergewöhnliche Forderungen stellen.

Hier ist eins meiner Kompetenzfelder: **Arbeit mit Geflüchteten und Asylanten**

Als ein weiteres Kompetenzfeld benenne ich meine Möglichkeiten, mich für die Geflüchteten, für unsere neuen Bewohner und Nachbarn einzusetzen und ihnen bei der Integration zu helfen.

Selbstbestimmte Behindertenpolitik und Inklusion

Auf unserem Landesparteitag im Dezember 2014 wurde der Beschluss gefasst, den Aktionsplan INKLUSION zu erarbeiten. Im Frühjahr bildete sich der Inklusionsbeirat, im Oktober führten wir die Inklusionstagung durch. Es wurden konkrete Vorstellungen erarbeitet, wie die gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe aller Menschen voranzubringen ist. Konkrete Forderungen aus verschiedenen Politikbereichen wurden erarbeitet wie der Bereich der Bildung, der Arbeit und Beschäftigung, der Barrierefreiheit im ÖPNV, beim Bauen und in der Kommunikation, in Gesundheit und Pflege und in der Bewusstseinsbildung.

Inklusion ist ein Menschenrecht, das in der UN Behindertenrechtskonvention festgeschrieben ist. Für Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf - Menschen mit geistiger Behinderung, körperlicher Beeinträchtigung und mitunter auch psychischen Problemen und deren Angehörige setze ich mich ein. Selbstbestimmte Behindertenpolitik muss in unserer Partei endlich einen anerkannten Stellenwert haben.

Freihändler Gabriel - Solange es nützt

In der Stahlindustrie in Deutschland sind 80.000 Arbeitsplätze gefährdet. Die Ursache: Die chinesischen Stahlproduzenten überschwemmen den Weltmarkt. Der Vorwurf: Aufgrund von niedrigen ökologischen Standards und Löhnen betreiben sie einen Dumpingwettbewerb. Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel tritt jetzt für Schutzzölle ein. Ansonsten ist er jedoch ein Fan des „freien“ Handels, insbesondere ein Freund des transatlantischen Freihandelsabkommens TTIP. Dies gilt aber nur solange die deutschen Unternehmen

profitieren. Das Problem ist nicht, dass Gabriel jetzt für Schutzzölle eintritt, sondern dass er diese Abwehrmaßnahmen anderen Ländern nicht zugesteht, wenn sie sich vor Deutschland schützen; sie hätten gute Gründe.

Der globale Stahlmarkt ist hart umkämpft. Die Branche leidet unter massiven Überkapazitäten - also unter dem im Kapitalismus so typischen und absurden Problem, dass es von einer Ware zu viel gibt. Es tobt also der Konkurrenzkampf. Und da wird mit harten Bandagen gekämpft. Den Chinesen

wird vorgeworfen, dass sie mit niedrigen ökologischen Standards und Löhnen sowie staatlichen Subventionen einen Dumpingwettbewerb betreiben. Die EU hat nun 37 Stahlerzeugnisse aus China und Russland vorläufig mit Einfuhrzöllen belegt. Als Grund nannte EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström, die „unfaire Konkurrenz durch künstlich billige Importe“, die „unsere Industrie bedroht“.

Fortsetzung auf S. 13

„Geld ist nicht alles - aber ohne Geld ist alles nichts“

**Liebe Genossinnen und Genossen, wer-
te Sympathisantinnen und Sympathi-
santen des Kreisverbandes DIE LINKE.
Landkreis Rostock!**

Die Landtagswahlen in Mecklenburg-
Vorpommern finden bekanntlich am 04.
September dieses Jahr statt. **Aus diesem
Grund wende ich mich an euch!** Aus un-
serem Kreisverband sind drei Genossinnen
und Genossen auf der Landesliste unserer
Partei zur Landtagswahl 2016 unter den
ersten zwanzig Kandidatinnen und Kandi-
daten vertreten. Als Direktkandidatinnen
und Direktkandidaten treten an:

Im **Wahlkreis 11** (Uraltkreis Bad Doberan)
tritt **Susanne Krone** aus Laage als Direkt-
kandidatin an. (Sie stellt sich in dieser Aus-
gabe des KLARTEXT vor!)

Im **Wahlkreis 12** (Uraltkreis Rostock-
Land) ist es **Peter Georgi** aus Kösterbeck.

Wahlkreis 15 (Stadt Teterow, die Ämter
Laage, Gnoien, Krakow am See, Schwaan
und Mecklenburgische Schweiz) wird
durch unsere Kreistagsfraktionsvorsitzen-
de, **Genossin Karin Schmidt** aus Laage,
abgesichert.

Der **Wahlkreis 16** (Güstrow, Güstrow-
Land und Amt Bützow) soll durch **Karen
Larisch** erobert werden.

Mit den auf der 2. Tagung unseres 5. Lan-
desparteitages einstimmig beschlossenen
Eckpunkten für unser Landtags-Wahlpro-
gramm „**Aus Liebe zu M-V**“ machen wir
deutlich, dass wir nicht nur zu einem Re-
gierungswechsel beitragen können, son-
dern vor allem für einen Politikwechsel,
entsprechend der Inhalte unseres Partei-
programms, stehen.

Alle Wahlkämpfe sind mit großem perso-
nellen-, materiellen- und finanziellem Auf-
wand verbunden. In den letzten Jahren fällt
es uns leider immer schwerer, die Gebiete
im Kreis, die ohne eigene Basisorganisa-
tionen sind bzw. alters- und gesundheits-
bedingt Unterstützung benötigen, wahl-
kampftechnisch abzusichern. Um diese
Aufgaben professionell kompensieren zu
können gibt es nur eine Lösung: **Wir müs-
sen unser Spendenaufkommen erhö-
hen.**

Meine große Bitte an euch, bitte sprecht
mit den Mitgliedern und SympathisantIn-

nen in eurem Wirkungsbereich darüber,
ob es möglich ist, eine **zusätzliche** Wahl-
kampfspende zu leisten. Vielleicht habt ihr
auch gute Ideen, **wen ihr darüber hinaus
als potentielle Spenderinnen und Spen-
der** ansprechen könnt.

Ich danke euch recht herzlich für euer
bisheriges Engagement und wünsche uns
gemeinsam einen erfolgreichen Landtags-
wahlkampf 2016!

Solidarische Grüße

Peter Hörnig
Kreisvorsitzender



Fortsetzung von S. 12

Wenn deutsche Unternehmen auf dem
Weltmarkt durch Schutzzölle anderer Län-
der ausgebremst werden, ertönt die War-
nung „Deutsche Jobs in Gefahr!“. Wenn
die deutsche Industrie jedoch immer neue
Exportrekorde aufstellt, redet niemand von
den daraus folgenden Jobverlusten im Aus-
land.

Als vor zehn Jahren der globale Textilmarkt
liberalisiert wurde, überschwemmte China
die Welt mit billigen Textilien und ruinierte
damit die lokalen Industrien in Portugal
und Griechenland. Das hat in Deutschland
niemand beklagt.

Gabriel und seine Kollegen aus anderen
EU-Ländern nennen Chinas Preispolitik
„unfair“. Sie präsentieren sich als Freun-
de eines „fairen“ Handels – zu dessen
Förderung die EU mehr als 60 Freihand-
elsabkommen geschlossen hat. „Fair“
nennen sie, wenn für alle Länder gleiche
Bedingungen herrschen. Fair ist in dieser
Logik ein Wettrennen zwischen einem
VW-Golf und einem Ferrari, wenn es nur
auf der gleichen Straße stattfindet. Dass
deutsche Unternehmen die Konkurrenz im
Ausland plattmachen, das ist fair. Als un-
fair galt auch nie die Praxis der EU, ihre

hoch subventionierten Agrarüberschüsse
in Afrika zu verschleudern und dort die lo-
kalen Produzenten in den Ruin zu treiben.
Dabei wären in solchen Fällen Schutzzölle
absolut angemessen!

Die EU beklagt „künstlich niedrige Preise“,
China und Russland betrieben „Dumping“.
Darunter versteht man, wenn ein Unter-
nehmen Produkte dauerhaft unter Herstel-
lungskosten verkauft. „Dumping“ liegt also
vor, wenn ein Unternehmen keinen Gewinn
mit dem Verkauf macht. Das ist „künst-
lich“!

Nicht künstlich, also ganz „natürlich“ war
dagegen die Politik der Bundesregierung,
jahrelang das Lohnniveau in Deutschland
zu drücken, um Wettbewerbsfähigkeit und
Exportüberschüsse auf mittlerweile zwei
Billionen Euro seit 2000 zu steigern. Dies-
es Lohndumping galt nicht als „unfair“,
weil hier ja nur die Beschäftigten verzich-
ten mussten, während die Exportwirtschaft
Rekordüberschüsse erwirtschaftete. Diese
Überschüsse haben zwar im Ausland ganze
Branchen ruiniert und Südeuropa in die
Schuldenkrise getrieben. Aber das gilt als
deren Problem – und niemals als Folge von
Lohndumping.

Als unfair galt auch lange Chinas Politik
der Abwertung seiner Landeswährung, mit

der die chinesischen Ausfuhren gefördert
werden sollten. Ganz und gar nicht unfair
soll dagegen die Politik der Europäischen
Zentralbank sein, mit der sie aktuell den
Wert des Euro drückt. Dies gilt vielmehr als
willkommene Hilfe für Europas Exportwirt-
schaft.

*Michael Schlecht, wirtschaftspolitischer
Sprecher der Linksfraction im Bundestag*



Aufstehen für mehr Mitmenschlichkeit

Rede von Dietmar Bartsch in der 157. Sitzung des Bundestages in der Vereinbarten Debatte „Zu den Ereignissen von Clausnitz und Bautzen“

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will zunächst ausdrücklich Danke an die Grünen sagen, die die Aktuelle Stunde sehr schnell beantragt haben. Es ist auch gut, dass wir zu einer vereinbarten Debatte gekommen sind. Meine Fraktion hatte am Sonntag gefordert, dass es eine Regierungserklärung gibt; wir haben ja jetzt ungefähr wöchentlich Regierungserklärungen; das ist angesichts all der Themen auch richtig und notwendig. Und im Übrigen: In dieser Frage schaut Europa auch auf uns.

Meine Damen und Herren von der Koalition, dass Sie von der Opposition gezwungen werden müssen, dass das hier Thema wird, und dass dann auch noch, wie die Kollegin eben sagte, wirklich kein Minister, nicht einmal der Innenminister, hier ist, das ist wirklich skandalös.

Kein Minister findet es notwendig, hier anwesend zu sein? – Dann kann ich Ihre Worte nur begrenzt ernst nehmen, Herr Krings. Das ist nun mal leider so.

Allein die schlichte Tatsache, dass es im letzten Jahr bundesweit über 1 000 Straftaten gegen-

über Flüchtlingsunterkünften gegeben hat – fünfmal mehr als im Jahr davor –, ist doch Grund genug, hier anwesend zu sein. In Deutschland applaudiert der Mob, wenn die Flüchtlingsunterkünfte brennen. Meine Damen und Herren, wo sind wir hingekommen?

Herr Krings, ich will ausdrücklich betonen, dass wir uns in einer Frage einig sind: Diese Vorfälle in Clausnitz und Bautzen sind verabscheuungswürdig, sind widerlich und sind eine Schande für unser Land. – Aber, meine Damen und Herren, es ist kein Zufall, dass diese Vorfälle in Sachsen gesche-

hen – erst Heidenau und Freital, dann Bautzen und Clausnitz, jeden Montag Pegida in Dresden. All das ist auch Ergebnis einer verhängnisvollen Politik, die unter CDU-Verantwortung in Sachsen über 25 Jahre hinweg gemacht wird.

Das geht im Übrigen schon auf die Überzeugung des damaligen CDU-Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf zurück, der festgestellt hat, Sachsen sei „immun gegenüber rechtsradikalen Versuchungen“ – das ist ein O-Ton. Über Jahre hat die CDU hier ja Verharmlosung betrieben und Ignoranz an den Tag gelegt, meine Damen und Herren.

Ich will Ihnen nur ein paar wenige aktuelle Beispiele nennen:

Erstens. Ein sächsischer Landtagsabgeordneter der CDU namens Krauß hat den Vor-

der Bruder organisierte die Proteste gegen die Ankommenden und Hilfesuchenden.

Das waren nur drei Beispiele. All das ist aber kein Wunder. So hat der Ministerpräsident, Herr Tillich, der verantwortlich ist, gesagt: „Der Islam gehört nicht zu Sachsen.“ Das ist der Mann, der diese Rechten mit der Bürgerbewegung Stuttgart 21 gleichsetzt. Meine Damen und Herren, wo leben wir denn?

Herr Krings, wenn Sie sagen, anhand einer Videosequenz könne man den Polizeieinsatz in Clausnitz nicht beurteilen, dann will ich Ihnen entgegenhalten: Aber Ihr Innenminister konnte das. – Ich will Ihnen auch deutlich sagen: Traumatisierte Flüchtlingskinder, die so Schreckliches erlebt haben, nimmt man in den Arm und nicht in den Würgegriff.



Es ist und bleibt notwendig, dass demokratische Kräfte hier Haltung zeigen und klarmachen, dass die Menschen, die zu uns kommen, anständig behandelt werden. Unsere Solidarität – ich hoffe, die Solidarität des ganzen Hauses – muss all jenen gelten, die gegen rassistische Hetze auf die Straße gehen und die Flüchtlingshilfe unterstützen. Da meine ich die Kirchen genauso wie die Antifa-Bewegung, Nachbarschaftsinitiativen und viele andere Menschen mehr in diesem Land. Die müssen wir stärken.

Im Übrigen sage ich Ihnen: Meine Partei steht in Sachsen an

deren Seite. Es ist kein Zufall, dass die meisten Abgeordnetenbüros, die in Sachsen angegriffen werden, Büros der Linken sind. Das ist wirklich kein Zufall, meine Damen und Herren.

Und deshalb – letzter Satz –: Ja, ich bin für Entschlossenheit. Lassen Sie uns die gemeinsame Botschaft nach außen tragen, dass wir aufstehen müssen für mehr Mitmenschlichkeit in unserem Land und in Europa.

Herzlichen Dank.

Foto: DBT/Inga Haar

Termine aus HRO und LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Sa., 5.3.	09:00 Uhr	Kreisparteitag HRO: Wahlen; Diskussion zum Landtagswahlprogramm	Rostock	Waldemarhof
Sa., 5.3.	10:30 Uhr	Rosa-Luxemburg-Stiftung: Gedenken an Rosa-Luxemburg	Graal-Müritz	Straße zur Seebrücke
Mo., 7.3.	14-15 Uhr	Telefonsprechstunde mit Bernd RieXinger, Anmeldung unter Fernruf: 030-24009530		
Di., 8.3.		LINKE verteilt Blumen vor dem EDEKA-Markt	Krakow	
Di., 8.3.		LINKE verteilt Kekstüten auf dem Markt und dem Pferdemarkt	Güstrow	
Di., 8.3.		LINKE verteilt Kekstüten auf der Frauentagsveranstaltung	Lambrechts hagen	
Mi., 9.3.	15:00 Uhr	Frauentagsfeier	Bad Dob.	Kornhaus
Di., 15.3.	14:00 Uhr	Skatrunde	Rostock	VS: Bremer Str. 24
Mi., 16.3.	18:30 Uhr	Sitzung Kreisvorstand LRO	Sieversh.	Ziegenkrug
18./19.3.		Friedens- und entspannungspolitische Konferenz der LINKEN	Berlin	
Sa., 19.3.		Wahlwerkstatt für Landtagswahlkampf	Güstrow	Bürgerhaus
Do., 24.3.	15:00 Uhr	Wolfgang Leuchter: Politische und wirtschaftliche Entwicklungstendenzen in Lateinamerika und Kuba aus aktueller Sicht	Rostock-Evershag.	Mehrgenerationenhaus Maxim-Gorki-Str. 52
1.-3.4.		Jugendcamp (U35) zur Landtagswahl	Alt Jabel	Waldschule
Di., 5.4.	18:30 Uhr	Sitzung der Kreistagsfraktion	Bad Dob.	Kreisverwaltung
6.-29.4.		Rosa-Luxemburg-Stiftung: Ausstellung "Deine Anne Ein Mädchen schreibt Geschichte"	Rostock	Kuphalstr. 77
Do., 7.4.	19:00 Uhr	Rosa-Luxemburg-Stiftung: Lesung/Gespräch: "Deutschpop: Halt's Maul!", mit Frank Apunkt Schneider und Jan Gorkow ("Monchi")	Rostock	Peter-Weiss-Haus
Mo., 11.4.	14-15 Uhr	Telefonsprechstunde mit Katja Kipping, Anmeldung unter Fernruf: 030-24009530		
Di., 12.4.	14:00 Uhr	Skatrunde	Rostock	VS: Bremer Str. 24
Mi., 13.4.	18:30 Uhr	Sitzung Kreisvorstand LRO	Güstrow	Schwaaner Str. 64
Do., 28.4.	15:00 Uhr	Rosa-Luxemburg-Stiftung: Finanzkapitalismus im 21. Jahrhundert (Vortrag und Diskussion mit Prof. Joachim Bischoff)	Rostock-Evershag.	Mehrgenerationenhaus Maxim-Gorki-Str. 52
Sa., 21.5.		Landesparteitag	Schwerin	
Di., 7.6.	15:00 Uhr	Rosa-Luxemburg-Stiftung: Friedenspolitik im Ostseeraum (Vortrag und Diskussion mit Prof. Gregor Putensen)	Rostock-Evershag.	Mehrgenerationenhaus Maxim-Gorki-Str. 52

Arbeit in Ostseebädern erfordert bezahlbaren Wohnraum und ÖPNV

Zur Information des Branchenverbandes Dehoga über die Wohnsituation der Beschäftigten des Hotel- und Gaststätten-gewerbes heute im Wirtschaftsausschuss erklärt die wohnungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Regine Lück:

„Es ist gut, dass der Verband im Februar eine Blitzumfrage bei ihren Unternehmen zur Wohnsituation durchgeführt hat. Es hat sich bestätigt, was offensichtlich ist, aber bisher nicht belegt werden konnte. Die Rückmeldungen aus den Tourismus-hochburgen Rügen, Usedom, Fischland-Darß-Zingst sowie der Müritzregion sind alarmierend. Sie zeigen, dass bezahlbarer Wohnraum fehlt und mancherorten überhaupt kein Wohnungsangebot mehr vorhanden ist. In den touristischen Zentren wie den Seebädern arbeiten, aber anderenorts wohnen ist auch kaum möglich, da es besonders in den Abends- und Nachtstunden keine ÖPNV-Angebote gibt. Und diejenigen, die mit dem Pkw pen-

deln, stehen im Stau und finden keinen Parkplatz am Arbeitsort.

Auf Anregung meiner Fraktion befasste sich der Ausschuss heute endlich mit dieser prekären Lage. In der Abfrage wurde eindeutig bestätigt, dass Arbeits- und Ausbildungsverträge aufgrund der nicht stimmenden Rahmenbedingungen häufig scheitern. Neben dem Gaststätten- und Hotelgewerbe trifft dies natürlich auch den Einzelhandel und das Dienstleistungs-gewerbe. All diesen Branchen ist gemein, dass die Einkommen im unteren Bereich liegen. Weil es deshalb und wegen der ungünstigen Arbeitszeiten ohnehin schwer ist, Fachkräfte und Nachwuchs zu finden, ist es Pflicht der Politik, für bessere Rahmenbedingungen zu sorgen und damit auch die Wirtschaft zu unterstützen. Wir erwarten daher, dass der soziale Wohnungsbau auch dort zum Tragen kommt, wo es erhebliche Engpässe gibt. Auch müssen beim ÖPNV die Erfordernisse des Tourismus stärker beachtet werden. Nicht zuletzt muss auf den Inseln die Schiene die Straße entlasten, d. h. Bahnangebote ermöglicht und verbessert werden.“

Impressum

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Geschäftsstelle Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 038 1-4920010
Telefax: 038 1-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Ros-tock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34,
18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Wolfgang Bergt, Peter Hörnig,
Peter Möller, Dr. Carsten Penzlin
Layout: Carsten Penzlin
Internet: www.dielinke-rostock.de
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Druckerei Weidner GmbH, Auflage: 1.200

Spendenkonten der LINKEN:
Landkreis Rostock:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300
Hypo-Vereinsbank
Rostock:

IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS
OSPA Rostock

Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwährende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

LYRIK

Zwischenwerte
(von Janina Niemann-Rich)

Wenn Zeit zeitlos
Ist jetzt ewig

Gottesanbeterin
(von Janina Niemann-Rich)

Deine Kinder gefressen aus Selbstsucht
Am Ende gefressen DICH

Zur Hälfte spitze (von Jürgen Riedel)

Auch Laien ist klar
Von der Leyen
Siegreiche Selbstdarstellerin
Im Rededuell
Intellektuell unterlegen

Keine Region darf abgehängt werden

Nicht nur bei Privatvermögen geht die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. Auch die öffentlichen Haushalte zeigen eine deutliche Spaltung Deutschlands in finanzstarke und finanzschwache Kommunen. Unsere Städte und Gemeinden unterliegen einer immer stärkeren Ungleichheit, die sich auf die Lebensqualität ihrer Bürgerinnen und Bürger niederschlägt. Dies bedeutet auch fehlende Chancengleichheit für viele Menschen vor allem in ländlichen und strukturschwachen Regionen Deutschlands.

Die Bundesfinanzpolitik manifestiert die Spaltung in arme und reiche Kommunen und sieht dem Überlebenskampf vieler Regionen tatenlos zu. Finanzstarke Kommunen profitieren von der derzeitigen wirtschaftlichen Lage während arme Kommunen immer ärmer werden und ihr Handlungsspielraum massiv beschnitten wird. Vor allem die Sozialleistungen wie die Kosten der Unterkunft rauben vielen Gemeinden und Kreisen die Luft zum Atmen und machen notwendige Investitionen in die Zukunft unmöglich.

Nur die Reichen können sich einen schwachen Staat leisten

Wenn Schulen nicht saniert werden, Straßen und Infrastrukturen verfallen und Jugendclubs geschlossen werden und damit die Zukunft Deutschlands verspielt wird, ist eine gerechte Steuerpolitik zur Finanzierung öffentlicher Investitionen dringend erforderlich. Der Staat darf seine Präsenz nicht aus der Fläche zurückziehen und jene Kommunen mit den Problemen allein lassen, die durch Sozialausgaben, sinkende Einwohnerzahlen und den anhaltenden Strukturwandel besonders belastet sind. Fährt der Bus die 80-jährige Dame noch zum nächsten Ärztehaus oder unterlässt sie den notwendigen Arztbesuch, weil ihr der Weg zu schwer ist und kein Landarzt in der Nähe? Sind öffentliche und lebensnotwendige Versorgungseinrichtungen überhaupt noch in der Fläche präsent und erreichbar? Hängen wir Teile Deutschlands digital nicht ab? Können Jugendliche Bildung und Teilhabe in gleicher Weise wie in der großen Stadt erfahren? Ist Daseinsvorsorge heute noch jedem zugänglich?



Oder sind es nur noch ökonomische Kennwerte und wirtschaftliche Effizienz, die die Bundesregierung bei ihrer Strukturpolitik interessieren, wie es sich bspw. beim neuen Krankenhausstrukturgesetz oder auch beim Breitbandausbau zeigt? Öffentliche Dienstleistung nur dort, wo sie sich rechnet oder private Gewinne generiert? Dieses Politikverständnis lehnen wir entschieden ab! Aber genau das ist der Trend, der sich seit vielen Jahren vollzieht. Wir fordern deshalb den Stopp der Privatisierung öffentlichen Eigentums und öffentlicher Daseinsvorsorge. Wir fordern eine solide Finanzausstattung der Kommunen, damit diese ihrer Funktion als Träger öffentlichen Daseinsvorsorge gerecht werden können. Wenn es um die Grundbedürfnisse der Menschen geht, darf Rendite und wirtschaftliche Effizienz nicht der Maßstab von Politik sein.

Gleichwertige Lebensverhältnisse sicherstellen

Daseinsvorsorge, Mobilität und Teilhabe müssen im ländlichen Raum ebenso gesichert werden wie in den Metropolregionen. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, die im Grundgesetz festgeschrieben ist, darf keine Floskel von Sonntagsreden sein. Wenn wir die Spaltung Deutschlands in arme und reiche Kommunen, in Regionen mit und ohne Zukunftsperspektive manifestieren, vergeben wir viele Potentiale und Chancen. Kinder sollen in allen Regionen das gleiche Recht auf Bildung haben. Und auch die medizinische Versorgung, Sicherheit und Mobilität müssen in allen Regionen gleichermaßen gewährleistet sein.

Heidrun Bluhm, Sprecherin für den Ländlichen Raum der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag



Gewinner: Kluge Kinder. Wer als Kind einen hohen IQ hat und gefördert wird, neigt als Erwachsener eher zu ökologischen, sozialistischen politischen Anschauungen. Der Grund: Komplexe Ideen bedürfen eines höheren IQ und Selbstbewusstseins.

Verlierer: Tänzer und Schauspieler.

Monatszitate

„Offenbar haben in der CSU einige nicht begriffen, dass es ein Grundrecht auf Asyl gibt. Frau Merkel, ich fordere ich Sie auf: Schicken Sie die CSU in ihr Herkunftsland zurück!“ Dietmar Bartsch am 19.2. im Bundestag

Monatszahl

Gesine Löttsch hat bei der Bundesregierung nachgefragt, wie teuer die Auslandseinsätze der Bundeswehr sind. Laut Antwort des Verteidigungsministeriums wurden seit 1992 mindestens 17,2 Milliarden Euro ausgegeben. „Als Haushaltspolitikerin stelle ich fest, dass die über 17 Milliarden Euro nicht einmal die Ergebnisse erbracht haben, die sich die Regierenden anfänglich erhofft hatten. Man hätte viele Probleme schon im Anfangsstadium auflösen können, wenn man das Geld in die Entwicklungshilfe investiert hätte.“

Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Welche Sparten sollen künftig am Volkstheater nicht mehr eigenständig vertreten sein?
2. Wem haben wir das zu verdanken? (Mehrfachnennungen möglich)

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Buchhandlung im Doberaner Hof. Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

Einsendeschluss ist der 01.04.2016